

Wöchentlich 20 Blätter, monatlich 2,- Reichsmark im voraus zahlen. Unter Streifen im In- und Ausland 5,00 Reichsmark pro Monat.

Das „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Bismarckstadt“, „Frauentimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blut in die Böhmerwald“, „Kulturarbeit“ und „Lehrer“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konsumsteuer 20 Pfennig, Reform der 5.-Reichsmark „Reine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 12 Pfennig (zuletzt zwei (zweite druckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Warte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Nummernanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depofitenkassa Lindenstr. 3

Willkommen in Berlin!

Der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

In internationalem Geist!

Von Theodor Leipart,

Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Heute tritt in Berlin der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Dem Beschlusse des Pariser Internationalen Gewerkschaftskongresses gemäß werden die Sitzungen des Ausschusses nicht mehr wie bisher ausschließlich am Orte des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sondern abwechselnd in einem anderen Lande tagen. Mit diesem Beschlusse wurde einer Anregung der deutschen Gewerkschaften entsprochen und ebenso mit der nunmehr in Kraft befindlichen Neuregelung, daß gleichzeitig und gemeinsam mit der jährlichen Ausschusssitzung die Konferenz der Internationalen Berufssekretäre stattfindet. Durch diese gemeinsame Tagung wird den letzteren eine angemessene Gelegenheit eingeräumt, die Wünsche und Interessen der Berufsinternationalen gegenüber dem Internationalen Gewerkschaftsbund regelmäßig geltend zu machen.

Die erstmalige Verwirklichung des Pariser Beschlusses hat die Vertreter des IGB heute in Berlin zusammengeführt. Die deutschen Gewerkschaften als Urheber dieser Neuregelung haben die Ehre, die erste dieser Tagungen in ihrem Lande zu begrüßen. Es werden außer dem Vorstand ungefähr 25 Delegierte der angeschlossenen Landesorganisationen und 40 Vertreter der Internationalen Berufssekretariate an den Beratungen teilnehmen.

Die deutsche und die Berliner Arbeiterchaft heißt diese große Zahl ausländischer Klassengenossen herzlich willkommen. Zum ersten Male nach dem Kriege wird durch die heutige Sitzung der Name Berlins wieder mit der gewerkschaftlichen Internationale verknüpft, von deren Namen und Geschichte in der Vorkriegszeit er so unzertrennlich war. Jedes Wort der Erinnerung oder geschichtlichen Darstellung der gewerkschaftlichen Internationale führt unumgänglich auf die Tatsache, daß Berlin bis zum Ende des Weltkrieges der Sitz des internationalen Sekretariats war, und Karl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der schon 1901 die erste Konferenz der Landessekretäre zu Kopenhagen leitete, als Sekretär der Internationale ihren Aufbau und ihre Ausbreitung als sein Verdienst beanspruchen konnte. Auch von den 32 internationalen Berufssekretariaten der Vorkriegszeit beherbergte Berlin nicht weniger als 17, während 10 in anderen deutschen Städten und 5 in England, Holland, Belgien und der Schweiz ihren Sitz hatten.

Der Sinn für internationale Verständigung ist bei den deutschen Gewerkschaften immer rege gewesen. Der Wert und die Notwendigkeit dauernder internationaler Verbindungen wurden sehr früh von allen unseren Verbänden erkannt. Daraus folgte, daß die Initiative zum internationalen Zusammenschluß vielfach zuerst von Deutschland ausgegangen ist.

Dieser Geist lebt in den deutschen Gewerkschaften unverändert fort. Es sind nicht nur ideelle, sondern vielmehr ganz nüchterne und praktische Gründe, die für die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenwirkens sprechen. Galt dies schon für die frühere Zeit, so erst recht für die Gegenwart und Zukunft. Die Arbeiterbewegung hat in allen Ländern erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Stärke und der Einfluß der Gewerkschaften sind gewachsen. Sie haben sich nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch im Wirtschaftsleben eine Stellung erobert, die ihr Aufgabengebiet stark erweitert hat. Weder Sozialpolitik noch Wirtschaftspolitik aber können in dieser Zeit des fortgeschrittenen Weltverkehrs noch allein vom nationalen Gesichtspunkt betrieben werden. Der einfache Hinweis auf die internationalen Institutionen und Konferenzen des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes genügt nicht mehr. So sind die deutschen Gewerkschaften, und ebenso die

Den Vertretern der Gewerkschaftsinternationalen, die sich heute in Berlin versammeln, gilt unser Gruß!

Sie kommen zu uns als die Vertreter der größten internationalen Vereinigung, die die Welt gesehen hat, und wir sind stolz, sie bei uns zu empfangen.

Sie kommen zu uns als die Vertreter der Arbeiterklasse, die in allen Ländern mühsam, aber nicht erfolglos um die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpft. Sie finden in Deutschland eine Arbeiterbewegung, die selber im Kampf groß geworden, ihren Kämpfen volles Verständnis entgegenbringt.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist nicht nur sozialdemokratisches Parteiorgan. Er betrachtet es vielmehr als seines Amtes, auch den beiden anderen Zweigen der Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen, mit dem gleichen Eifer zu dienen. Und niemals ist ihm aus dieser Fülle seiner Aufgaben ein ernstes Konflikt seiner Pflichten entstanden.

Nur die Einigkeit kann uns vorwärtsbringen, die Einigkeit von Land zu Land wie die Einigkeit im eigenen Lande selbst. Gemeinsam sind unsere Kämpfe! Gemeinsam wird unser Sieg sein!

Die Redaktion des „Vorwärts“.

jenigen aller übrigen Länder, an einem starken und leistungsfähigen Internationalen Gewerkschaftsbund heute noch viel mehr interessiert als früher. Denn auch die Aufgaben der Internationalen sind erheblich größer geworden. Wohl sind Informationsdienst und gegenseitige Kampfhilfe auch heute noch wesentliche Bestandteile der internationalen gewerkschaftlichen Aktivität. Aber dazu tritt heute eine intensive Betätigung auf den Gebieten der internationalen Arbeitsgesetzgebung und der Wirtschaftspolitik. Sie entspricht dem größeren Einflusse der Arbeiterbewegung auf die Regierungen in den verschiedenen Ländern, und dem entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihr Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft mit aller Kraft durchzusetzen.

Wir haben somit den lebhaften Wunsch, daß die Berliner Tagung des IGB recht erfolgreich verlaufen und glückbringend für seine zukünftige Entwicklung werden möge. Wir wissen, daß es ernste und schwierige Aufgaben sind, die der Ausschuss in seinen internen Beratungen zu lösen hat. Aufgaben des inneren Aufbaues, die der Pariser Kongress des vergangenen Jahres ihm übertragen hat. Dazu die nicht minder wichtigen Aufgaben der weiteren äußeren Nachtentfaltung. Es besteht deswegen kein Zweifel darüber, daß die Berliner Tagung für die Zukunft des IGB von größter Bedeutung sein wird.

Wenn Blätter der Geschichte und Ziffern der Gegenwart die Bedeutung der Berliner Arbeiterbewegung aufzeigen, so werden fremde Gäste auch im Stadtbilde selbst sichtbare Zeugnisse dafür zu sehen bekommen: das Gewerkschaftshaus, die zahlreichen Verbandsgebäude, das Haus der Arbeiterpresse und die Bauten und Fabriken der Genossenschaften sind Denkmäler der Solidarität und des zielbewußten Strebens der Berliner Arbeiterchaft. Die organisierten Arbeiter und Angestellten Berlins begleiten auch die internationalen Verhandlungen dieser Woche mit größtem Interesse und mit aufrichtigen Glückwünschen. Möge der Erfolg dieser Verhandlungen auf dem Boden unserer Stadt den Namen Berlins mit dem der internationalen Gewerkschaftsbewegung neuerdings und in erfreulicher Weise verbinden, und mögen die Delegierten ihren Aufenthalt so gastlich finden, wie wir bestrebt sind, ihn für sie zu gestalten.

Es lebe der Internationale Gewerkschaftsbund!

Beamte und Internationale.

Von A. Falkenberg,

Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

In wenigen Tagen veranstaltet der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) eine Ausschusssitzung mit den internationalen Berufssekretariaten in Berlin. Daß diese Tagung auch politische Bedeutung im allgemeinen Sinne besitzt, dürfte einleuchten. Daß auch die Beamten an der Berliner Tagung des IGB teilnehmen können, verdanken sie den Beschlüssen des Pariser Kongresses vom August 1927. Auf diesem Kongress ist die Eingliederung der Beamteninternationalen in die internationale Arbeiterbewegung unter der Bedingung weitgehender Sympathien anerkannt worden. Zwar sind Angestellte und Beamte wegen ihrer beruflichen Eigenart, ihrer Arbeitsbedingungen, ihrer sozialen Stellung sowie ihrer Mentalität besonders gewertet worden, im ganzen aber sind die gewerkschaftlichen Landeszentralen angewiesen, den Angestellten- und Beamtenorganisationen zum Beispiel durch Errichtung von Sektionen, Schaffung von speziellen Sekretariaten, Aufnahme ihrer Funktionäre in die leitenden Instanzen, Berücksichtigung dieser Gruppen in den Publikationen, größte Entgegenkommen zu beweisen.

Dieser Schritt des IGB in Paris war klug, weil er nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Entwicklung Rechnung trug. Die Beamten müssen nun durch intensive Mitarbeit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung den Beweis erbringen, daß sie die nötigen Fähigkeiten für die Lösung der großen internationalen Arbeitnehmerfragen besitzen.

Die Beteiligung von Mitgliedern des Bureaus der Beamteninternationalen an der bevorstehenden Tagung des IGB zeigt am besten, daß die Führung des internationalen Gewerkschaftsbundes der drängenden Entwicklung mit der Ausführung der Pariser Beschlüsse die Bahn freizumachen gedenkt. Die sozialistische Arbeiterinternationale hat über die politischen Parteien einen Teil der Kopfarbeiter bereits erfasst. Wenn nun durch intensive Beteiligung der Kopfarbeiter (Beamte und Angestellte) an der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine Steigerung der Wechselwirkungen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Internationale entsteht, so kann diese Entwicklung für die Ausbreitung und Vertiefung des sozialistischen Gedankens in den Reihen der Kopfarbeiter im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung nur begrüßt werden. Wollu ängstliche Gemüter werden vielleicht auch in dieser Entwicklung Gefahren für die politische Neutralität der Gewerkschaften wittern. Derartige Bedenken sind übertrieben, da die Aufgaben beider Internationalen, der gewerkschaftlichen und der politischen, genau wie die der Gewerkschaften und Parteien in den einzelnen Ländern verschiedene sind.

Die Ausschusssitzung des IGB mit den internationalen Berufssekretariaten wird wegen der Tragweite in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung das größte Interesse aller Arbeitnehmer auslösen. Namentlich aber werden die freiwillig organisierten Beamten lernen müssen, sich gemäß den Beschlüssen dieser Tagung für die Lösung der den Kopf- und Handarbeitern zugewiesenen internationalen Aufgaben bereit zu halten.

Angestellte und Internationale.

Von C. Aufhäuser,

Vorsitzender des AKB-Bundes.

Mit dem Jahre 1928 wird sich ein bedeutsamer geschichtlicher Abschnitt der Nachkriegszeit schließen. Zehn Jahre nach dem furchtbaren Völkermorden zeigt sich, daß es nicht möglich war, nach den Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Gleichgewicht der Weltwirtschaft wiederherzustellen, und daß nur die planmäßige gemeinsame wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker einen Ausweg weist. Immerhin konnte in diesen zehn Jahren die Atmosphäre des Mißtrauens, wie sie durch den Weltkrieg unter den Völkern erzeugt worden war, allmählich eine Entspannung erfahren. Hier liegt das große Verdienst des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dessen Ausschusssitzung in diesen Tagen in Berlin versammelt sind. Auf dieser Tagung gibt es keine Sieger- und keine besiegten Staaten,

sondern nur Träger einer einheitlichen geschlossenen Gewerkschaftsinternationale. Unter den Millionen von deutschen Arbeitern, die den Sendboten des Weltproletariats ihr Willkommen zurufen, möchten auch die Hunderttausende der freigewerkschaftlich denkenden Angestellten nicht fehlen. Schon vor der Konstituierung des IGB-Bundes, die im Jahre 1921 erfolgte, hatten die freien Angestelltenverbände internationale Beziehungen gepflegt. Die Vorläuferin des IGB-Bundes, die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ legte auf ihrer Ausschussung am 29. September 1920 in einem Manifest ihr Bekenntnis zur Amsterdamer Internationale ab. Unter entschiedener Ablehnung der Moskauer Internationale wird darin wörtlich gesagt:

Der IGB-Bund erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder eine feste, dauernde organisatorische Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Kopfarbeiter Hand in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiter, dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu einer großen Internationale aller Kopf- und Handarbeiter der Welt auszubauen. Der IGB-Bund stellt deshalb an den Internationalen Gewerkschaftsbund den Antrag, die organisatorischen Voraussetzungen zur Bildung einer internationalen Einheitsfront aller freigewerkschaftlichen Kopf- und Handarbeiter zu schaffen.

Angestellte, Arbeiter! Erkennt euren gemeinsamen Gegner, den internationalen Kapitalismus. Schafft die geschlossene Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter der Welt.

Die weitere Entwicklung hat innerhalb des IGB. sehr bald eine vollkommene Vereinigung der Angestellten und Arbeiter gebracht. Der IGB-Bund bildet heute zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die deutsche Landeszentrale des IGB. An der Berliner Tagung nimmt ein IGB-Vertreter als Stellvertreter des A.D.G.B.-Ausschussmitgliedes teil. Die besonderen Schwierigkeiten der Angestelltenbewegung haben im IGB. Verständnis gefunden. Besonders befaßte sich der letzte Pariser Kongreß unter einem besonderen Punkt der Tagesordnung mit der Organisationsfrage der Angestellten, Beamten und freien Berufe. Auch die Ausschussung wird die Frage der Mitwirkung von Angestelltenvertretern in den Körperschaften des IGB. beraten. Der Punkt 7 der Tagesordnung lautet:

„Dem Pariser Kongreß überwiesene Anträge betr. Wohl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle Körperschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung.“

Diese Beratung ist inzwischen noch aktueller geworden. Die letzte Berufszählung in Deutschland und Einzelerhebungen der Industrien haben ergeben, daß die technischen und kaufmännischen Angestellten im modernen Produktionsprozeß eine wachsende Bedeutung bekommen haben. Es ist ermittelt worden, daß nach der durchgeführten Rationalisierung die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Angestellten im Verhältnis zur Zahl der dort beschäftigten Arbeiter außerordentlich stark gewachsen ist. Die Förderung der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung durch den IGB. ist auch um so notwendiger geworden, als es nicht an Versuchen der Bourgeoisie fehlt, diese Berufe international getrennt zusammenzufassen, um sie von der Arbeiterinternationalen zu isolieren. Das Rezept: „Divide et impera“ wird national und international den Angestellten gegenüber mit Vorliebe angewandt. Das verständnisvolle Zusammenarbeiten des IGB. und des IGB-Bundes im nationalen Rahmen hat gezeigt, daß eine in sich gefestigte, gewerkschaftlich orientierte Angestelltenbewegung auch für die Arbeiterklasse zum zuverlässigen Bundesgenossen werden kann. Die deutschen Erfahrungen, die sich auf die stärkste Angestelltenbewegung der Welt stützen, werden sicher auch die Beachtung des IGB.-Ausschusses finden.

Unsere freien Angestelltenverbände Deutschlands sind mit dem IGB. in zweifacher organisatorischer Verbindung. Einmal ist der IGB-Bund Bestandteil der Landeszentrale des IGB. und zum anderen sind die meisten Einzelverbände des IGB-Bundes auch noch dem IGB.-Berufsekretariat für Privatangestellte angeschlossen. Dieses Berufsekretariat, der „Internationale Bund der Privatangestellten“ umfaßt von deutschen Verbänden: Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeisterverband, Allgemeiner Verband der Bankangestellten, Post- und Schachmeisterbund. Für die Bühnenangestellten, die bereits gute Ansätze für einen internationalen Zusammenschluß aufzuweisen haben, dürfte sich die Schaffung eines besonderen Berufsekretariats notwendig machen. Dagegen ist mit dem weiteren Anschluß der Schiffsoffiziere und der Zeichner an den Internationalen Bund der Privatangestellten zu rechnen. Die Geschäftsführung liegt in der Hand des holländischen Angestelltenführers Smith; Präsident des Bundes ist der Vorsitzende des IGB. Deutschland, Genosse Otto Urban. Der Fachgruppe Techniker steht Genosse Otto Schreiber Deutschland als Obmann vor.

Der Internationale Bund der Privatangestellten hat in der letzten Zeit wertvolle Ermittlungen über die Lage der Berufsgenossen in den verschiedenen Ländern angestellt. Er hat weiter in Gemeinschaft mit dem IGB-Bund auf der Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt in Montreux ein umfassendes Sozialprogramm zur Annahme bringen können, dessen Erfüllung mit besonderer Aktivität angestrebt wird.

So finden die Ausschussmitglieder des IGB. auch diesmal die Angestellten zur fröhlichen Mitarbeit bereit. Möge auch diese Tagung beweisen, daß Arbeiter und Angestellte entschlossen sind, das Wort von der Solidarität aller Arbeitnehmer zur Tat werden zu lassen.

Zentrum und Republik.

Die „Germania“ redet, aber Marx schweigt.

In offenkundigem Gegensatz zu der bekannten Erklärung des Reichskanzlers Marx, das Zentrum sei weder eine monarchistische Partei gemessen, noch wolle es eine republikanische Partei sein, hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion v. Guérard wiederholt in seinen Reden betont, das Zentrum sei eine republikanische Partei. Daraus macht ihm die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ einen Vorwurf, sie hält ihm Marx als Ruster vor. Die „Germania“ aber versichert, zwischen den beiden Führern könne kein Widerspruch bestehen, denn nach den bindenden Parteibeschlüssen, die sie ausföhrlich zitiert, sei eben das Zentrum eine republikanische Partei. Damit ist aber nur bewiesen, daß sich der Parteiführer Marx über diese bindenden Parteibeschlüsse hinweggesetzt hat. Herr Marx selbst hat bisher keinen Anlaß gefunden, seinen Anspruch, der bei den Bayern und den Zentrumsmagnaten formenden Beifall gefunden, aber auf der linken der Partei wahres Entsetzen hervorgerufen hat, zu berichtigten.

Die Reichskonferenz der Länder.

Vorschläge Hamburgs. — Bazille wird tobjüchtig!

Die Länderkonferenz, die gestern um 10 Uhr vormittags begann, dauerte mit Ausnahme einer Mittagspause bis 7 Uhr abends. Die Vormittags Sitzung füllte die Ansprache des Reichskanzlers Dr. Marx und die Referate des Hamburger Senatspräsidenten Dr. Petersen sowie des württembergischen Senatspräsidenten Bazille. Nachmittags referierten der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der preußische Ministerpräsident Genosse Dr. Braun. Heute vormittag beginnt die Diskussion.

In der Eröffnungsansprache erklärte Reichskanzler Marx, es sich verjagen zu müssen, auf die materielle Würdigung der Fragen einzugehen. Es gäbe aber neben durchaus lebensfähigen Ländern solche, von denen wir ganz offen zugestehen müssen, daß sie eben im Laufe der Dinge doch in eine Lage gekommen sind, die es ihnen wünschenswert erscheinen läßt, andere Wege einzuschlagen, um dem immerhin bedauerlichen und von ihnen beklagten Zustande abzuhelfen und die weitere gegenwärtige Entwicklung ihrer inneren Gestaltung günstig zu beeinflussen. Auch sei es höchste Zeit, die zahlreichen Erlassen und Entlassen zu befeitigen.

Wege zur Neugliederung.

Das historische, staatsrechtlich und kulturhistorisch tiefdurchdachte Referat des Senatspräsidenten Petersen nahm zwei Stunden in Anspruch. Er kommt zu folgender Schlussfolgerung: Wenn man in der Erkenntnis der Unhaltbarkeit des jetzigen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern nach Veränderungsmöglichkeiten sucht, wird man eines nicht vergessen dürfen: Eine Neugliederung ist nur auf der demokratisch-republikanischen Grundlage der Verfassung von Reich und Ländern denkbar. Jeder andersartige Versuch gefährdet die Reichseinheit.

Senatspräsident Petersen gab dann eine Uebersicht über die vorliegenden Vorschläge und fuhr fort: Die Uebersicht über die bisher vorliegenden Vorschläge zeigt, daß noch keinerlei Einheitlichkeit über die Einzelgestaltung besteht. Es wachen bisher lediglich grundsätzliche Uebereinstimmungen heraus. Als solche möchte ich bezeichnen: Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Reichswillensbildung, Stärkung der Reichsgewalt, Bereinhaltung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Staatsorgane in der Verwaltung des Reiches und der mittleren und unteren Verwaltungsbereiche. Aufbau lebendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungskreise und Verkürzung des Initiationsweges zur Zentralregierung mit der Folge der Rationalisierung der Verwaltung.

Untergliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftlich voll lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ihr Eigenleben führen.

Petersen hält keine Lösung für möglich, die Preußens Bestand nicht solange hält, bis ein neugegliederter Einheitsstaat mit starker Reichsgewalt geschaffen wird. Auch das Vornehmen von Einzel-

problemen, wie etwa die Frage der Befreiung der 245 Einschlußgebiete, sei nicht möglich, ohne die Herbeiführung einer Gesamt-

Als Ergebnis seiner Untersuchung schlägt Petersen die Einsetzung eines unabhängigen Sachverständigenausschusses vor, der lediglich die Befugnis haben soll, Vorschläge zu machen und sie zu veröffentlichen.

Ein tollgewordener Föderalist.

Es folgt das Referat des württembergischen Staatspräsidenten Bazille. Zunächst mit Entsetzen, dann mit wachsender Heiterkeit verfolgt man die Gedankengänge eines englischen Parteimannes und verblissenen Haffers, der von keines Gebantens Blässe angekränkt ist. Grundtendenz seiner Ausführungen: „Nur die äußerste Vorsicht und die schleunige Rückkehr zu den Grundfragen der Staatsweisheit, die Deutschland vor dem Weltkriege groß gemacht haben, können uns vor der Entwicklung der Anarchie und Diktatur bewahren.“ Und: Preußen muß zerstört werden.

Sein Programm — die Deffektivität wird demnach das Vermögen haben, eine entsprechende Denkschrift der württembergischen Regierung kennen zu lernen! —: Beschränkung des Reiches auf das Notwendigste in Gesetzgebung und Verwaltung und Sicherheit der Länder gegen Ueberschreitung der so gezogenen Grenzen. — Der Reichsrat muß wieder eine Stellung ähnlich des bismarckschen Bundesrats bekommen. — Preußens Machtstellung muß zerbrochen werden, indem der Reichspräsident gleichzeitig preußischer Staatspräsident und der Reichskanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident wird, indem die Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlament abgeschafft wird und in dem die Reichsratsstimmen Preußens beschränkt werden! Auf Empfindlichkeiten der Preußen darf dabei keine Rücksicht genommen werden. — Rückgabe der Finanzhoheiten an die Länder. — Freiwilliger Anschluß nichtlebensfähiger Länder an Nachbarländer zweckmäßig. „Es muß dann aber dafür gesorgt werden, daß im Reichsrat keine Verschiebung der Machtverhältnisse stattfindet, vielmehr an dem bismarckschen Grundsatze festgehalten werde, daß ein wirksames Gegengewicht gegen den Einfluß Preußens bei der Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstages im Reichsrat vorhanden sein muß.“

Sollte hingegen — so schloß der Staatspräsident Württemberg seine Ausführungen — der Versuch gemacht werden, durch mehr oder weniger sanften Druck und auf Umwegen zum Einheitsstaate zu gelangen, so wird eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des Reiches herausbeschworen, denn nichts ist leichter als die Meinung, die Länder würden sich schließlich in ihr unermessliches Schicksal fügen. So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand stecken. (Ist das nicht eine Drohung mit Reichserrat? Red. d. „Z.“)

Aber die Referate der Ministerpräsidenten von Preußen und Bayern lag bis Redaktionsschluss noch keine Mitteilung vor.

Wohnungsbauprogramm für das Reich?

Sozialdemokratischer Vorschlag. — Der Bürgerblock dagegen. — Reichsarbeitsminister erklärt: Weitere Mietsteigerungen nicht beabsichtigt.

Der Reichshaushaltsausschuß beriet in seiner Montagssitzung den letzten noch übrig gebliebenen Abschnitt des Etats des Reichsarbeitsministeriums über das Wohnungs- und Siedlungswesen. In ausführlicher und eindringlicher Weise polemisierte Genosse Lipinski gegen die Absicht des Ministeriums, die Wohnungskultur der Arbeiterklasse nach Möglichkeit herabzudrücken und begründete unter Anführung zahlreicher Daten und reichen Materials die folgende von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte wichtige Entschließung:

„Die Reichsregierung zu eruchen, dem Reichstag unuerzöglich ein Wohnungsbauprogramm mit dem Ziel vorzulegen, spätestens in zehn Jahren den Alt- und Neubedarf an Wohnungen zu decken. Die Erträge der Haussteuer sind ausschließlich für den Wohnungsbau zu verwenden. Für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms sind Hypotheken zu niedrigem Zinsfuß und Staatsanleihen sicherzustellen. Es darf keine weitere Steigerung der Mieten der Altwohnungen erfolgen. Die Neubauten sind den Mieten der Altwohnungen anzugleichen. Der Wohnungsbau für 1928 ist beabsichtigt sicherzustellen.“

Die Redner der bürgerlichen Fraktionen mit dem Reichsarbeitsminister an der Spitze traten der Entschließung entgegen. Es sei unmöglich, für längere Zeit im voraus ein fest umrissenes Wohnungsbauprogramm aufzustellen. Das habe man erst, aber immer vergeblich versucht. Niemand könne die Lage des Hypothekensystems, die fortwährenden Schwankungen unterliege, übersehen; sie sei aber mitentscheidend für das ganze Programm. Es sei wünschenswert, alles verfügbare Geld in den Kleinwohnungsbau hineinzuleiten. Es fliehe meistens leider in die großen Bauten, weil dann die Verwaltung bequemer und billiger ist. Mit Nachdruck erklärte der Minister, daß auch Staatsanleihen für den Wohnungsbau notwendig seien. Es sei ja bekannt, daß er den Standpunkt des Reichsbankpräsidenten Schacht zu dieser Frage in keiner Weise teile. Die Kapitalisierung der Bauten müsse gleichfalls betrieben werden. Ein Baukostenindex von 175 Proz. sei enorm hoch. Das Arbeitsministerium sei schon an der Förderung der Wohnungsbauaktivität um deswillen besonders interessiert, weil solche Förderung zur Behebung der Erwerbslosigkeit das beste Mittel sei. Bezüglich evozierter Mietpreiserhöhungen könne er die bestimmte Erklärung abgeben, daß das Ministerium im nächsten Jahre an eine solche Erhöhung nicht denke.

Genosse Lipinski wies in wiederholten Darlegungen darauf hin, daß gerade vom Standpunkt einer Erleichterung der Erwerbslosigkeit und Beschaffung möglichst billiger Baumaterialien die Aufstellung eines Bauprogramms notwendig sei.

Bei der Abstimmung wurde indessen die Entschließung Lipinski gegen die Stimmen der Linksparteien abgelehnt.

Einem von der Genossin Bohm-Schuch vorgebrachten Wunsche, daß ein für die Förderung des Baues von Wohnungen ausgeworfener Betrag von 15 Millionen bergestellt werden solle, daß 10 Millionen für Wohnungen für Reichsbeamte und Soldaten, 5 Millionen für Wohnungen für Kriegsbeschädigte, vorgesehen werden, sagte der Minister Erfüllung zu.

Nach Erledigung des Etats des Reichsarbeitsministeriums trat der Ausschuss noch in die Beratung des Etats des Rechnungshofes ein, in der eine Reihe schwieriger staatsrechtlicher Fragen besprochen wurde. Ein im Lauf dieser vom Vorsitzenden (Genosse Heimann) gemachter Vorschlag, den Rechnungsausschuß des Reichstages aufzulösen und auch die Rechnungsprüfung dem Haushaltsausschuß zu übertragen, so daß die gesamte Behandlung des Etats sowohl für die Vergangenheit (Rechnungsprüfung) wie für die Zukunft (Reichshaushalt) im Haushaltsausschuß zusammenlaufe, fand beim Ausschuss und bei der Regierung allseitige Zustimmung und soll weiter verfolgt werden.

Die Strafgesetzmreform.

Das Ergebnis der deutsch-österreichischen Konferenz.

Die parlamentarische Konferenz der Mitglieder der österreichischen und deutschen Strafgesetzausschüsse bendete gestern die Beratungen des allgemeinen Teils des Strafgesetzentwurfs.

Die Bestimmungen des Geleitgesetzes über den Versuch wurden trotz Widerspruch des Gen. Egger-Wien in der Hauptsache nach den Beschlüssen des deutschen Ausschusses gestaltet. Wenn der Versuch einer strafbaren Handlung wegen der Art des vom Täter ausersehenen Mittels oder Gegenstandes überhaupt nicht zur Vollendung führen konnte, war nach dem österreichischen Beschlusse eine Bestrafung ausgeschlossen. Nunmehr soll es in das Ermessen des Gerichts gestellt sein, ob es in diesen Fällen Strafe verhängt oder von Strafe absteht.

In der Frage der Wohnheitsverbrechen beantragte Genosse Rosenfeld eine Verschärfung der Voraussetzungen für die Verhängung der für Wohnheitsverbrechen vorgesehenen Strafen dahin, daß diese nicht schon nach zweimaligen Vorstrafen, sondern erst nach fünfmaligen Vorstrafen sollen verhängt werden dürfen. Dieser Antrag stieß aber auf den geschlossenen Widerspruch aller Vertreter der bürgerlichen Parteien beider Parlamente. Es verblieb daher bei den früheren Beschlüssen.

Nach Erledigung einer Reihe untergeordneter Fragen wurde beschlossen, die nächste Sitzung gemäß einer Einladung der sächsischen Regierung im März in Dresden stattfinden zu lassen.

Das Ergebnis der dreitägigen Beratungen ist im ganzen nicht sehr erfreulich. Abgesehen von einigen durch unsere Genossen erzielten Verbesserungen ist es im allgemeinen bei den früheren Beschlüssen geblieben. Die zweite Lesung des Entwurfs wird wesentliche Verbesserungen bringen müssen, wenn die Sozialdemokratische Partei dem Strafgesetzentwurf soll zustimmen können.

Ein neuer linkskommunistischer Reichstagsabgeordneter. Als Nachfolger des verstorbenen Abg. Bohla wird linkskommunistischen Blättern zufolge nicht der Postsekretär Hoffmann-Schmargendorf, sondern Otto Weber-Kathenow in den Reichstag eintreten. Der linkskommunistische Abg. Schlecht, der sowohl in Potsdam I wie auf der Reichsliste gewählt war, hat jetzt sein Mandat in Potsdam I niedergelegt und auf der Reichsliste angenommen. Folge davon ist, daß nicht der nächste auf der Reichsliste, sondern der nächste auf der Liste von Potsdam I in den Reichstag kommt, und das ist eben Schlecht engerer Bestimmungsgenosse Weber. Die Zahl der Offiziellen im Reichstag sinkt auf 29, die der Oppositionellen steigt auf 16.

Wer kommt für Geßler?

Streit im Rechtsblock. — Angriffe auf General Hege.

Die Frage, wer Geßler ersetzen soll, hat sich so verwickelt und zugeklippt, daß man die Länderkonferenz gern zum Anlaß genommen hat, ihre Lösung zu vertagen. Die Rechte will zum mindesten einen Volksparteiler, auf alle Fälle einen starken Mann in ihrem Sinne, der auch nach den Wahlen ohne Rücksicht auf ihr Ergebnis bleiben soll. Das Zentrum hat Angst vor einem weiteren Rechtsrutsch, vor einer Verschiebung des Stimmenverhältnisses im Kabinett, vor einer Erschwerung künftiger Regierungsbildungen. So ergibt sich in einer Angelegenheit von größter politischer Bedeutung eine Uneinigkeit im Rechtsblock, die seine Entschlußkraft lähmt — und damit ein Argument für baldige Neuwahlen mehr.

Unter diesen Umständen gewinnt ein Artikel der „Deutschen Allg. Ztg.“ Bedeutung, in dem manches Interessante ausgeplaudert wird. So wird darin erzählt, Herr Dr. Scholz habe seine Berufung deshalb abgelehnt, „weil die Fraktion in einem früheren Zeitpunkt Konteradmiral a. D. Brünninghaus in Aussicht genommen hatte“. Daß dieser Zigarrenadmiral als Reichswehrminister die stärkste Herausforderung der Opposition bedeuten würde und daß kein ehrlich republikanischer Politiker mit diesem Mann zusammenarbeiten könnte, bedarf keiner näheren Ausführung.

Der Artikel der „D.Z.“ unternimmt sodann einen überraschenden Vorstoß gegen den General Hege. Schon kürzlich hat ein rechtsradikales Blatt gegen diesen General ganz unverblümt den unsinnigen Vorwurf erhoben, er konspirierte mit der Linken. Die „D.Z.“ macht sich diesen Vorwurf in verbüßterer Weise zu eigen, indem sie schreibt:

Man kann sich in den letzten Monaten des Eindrucks nicht erwehren, daß in den hohen Befehlsstellen jene planmäßige Hege gegen die Reichswehr eine Beachtung gefunden hat, die sie nie und nimmer verdient, daß man dort dem verhängnisvollen Irrtum leibt, es sei möglich, dieser Hege durch Konzessionen und Nachgeben zu begegnen. Sollte dieser Eindruck richtig sein, so würde man einen sehr schweren politischen und psychologischen Fehler festzustellen haben.

Wir wissen nicht, inwieweit der „Verdacht“ begründet ist, der Befehlshaber der Reichswehr beabsichtigt, zwischen der Wehrmacht der Republik und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein besseres Verhältnis herbeizuführen. Daß aber ein General, weil ihm diese Absicht zugeschrieben wird, zum Gegenstand öffentlicher Angriffe gemacht wird, das ist das Bezeichnende! Es zeigt, wessen wir uns zu gewärtigen haben, wenn die Frage der Besetzung des Reichswehrministeriums im Sinne der Rechten entschieden wird!

Der neue Wahlkampf in Hamburg.

Spitterlisten vor die Front! — Deutschnational-volksparteilicher Freundschaftsbund.

Hamburg, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Nachdem in Hamburg am letzten Donnerstag die Sozialdemokratie ihre Kandidatenliste zur neuen Bürgererschaftswahl am 19. Februar festgestellt hat — die alte Liste mit Bürgerchaftspräsident Rath als Spitzenkandidaten wurde unverändert übernommen —, hat auch der Wahlkampf bereits eingesetzt. Sehr betrieblich ist man in allen Spittergruppen und -gruppen, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs neuen Antriebs erhalten haben. Sie möchten sich nun alle eine Sonderpartei bilden und so hört man, daß neben den großen Parteien auch die Aufwärtler, Mittelständler, frühen Kommunisten, Bötkischen, Grundeigentümer, ja selbst Naturheilkundige sich mit der Absicht tragen, eigene Listen einzulegen.

Es ist also mit gut einem Dutzend Listen für die neue Wahl zu rechnen. Der Sozialdemokratie wird dieser Aufmarsch der Statistischer kaum etwas anhaben können, besorgt aber schauen die Rechtsparteien dem Spiele zu. Besonders den Deutschnationalen ist seit dem 9. Oktober gar nicht wohl. Ihnen sind die zahlreichen Wahlniederlagen, die der Hamburger Bürgerchaftswahl in anderen deutschen Städten folgten, so in die Glieder gefahren, daß sie jetzt emsig bemüht sind, eine Einheitsfront mit den Volksparteikern herzustellen. Die beiden wildesten Männer der Hamburger Deutschnationalen, der Landesverbandvorsitzende Dr. Lienau und der Reichsführer der Bismarck-Jugend H. D. Siepelt, beides große Strejemann-Hasser, haben jetzt plötzlich in Wort und Schrift der Volkspartei ihre Freundschaft bezeugt und ihr in aller Form das Angebot gemacht, Schulter an Schulter und unter Ausschaltung der gegenseitigen Bekämpfung „gegen den Marxismus“ in den Kampf zu ziehen. Und der volksparteiliche Landesverbandvorsitzende hat „mit Genugtuung“ dieses Angebot begrüßt, um die Machtanprüche der Sozialdemokraten und Kommunisten zuzuhanden zu machen.

Der Sozialdemokratie kann diese offene Verbrüderung nur recht sein. Sie wird für die Arbeiterchaft ein weiterer Ansporn sein, am 19. Februar zu vollenden, was der 9. Oktober begonnen: den rechtsbürgerlichen Einfluß so zurückzudrängen, daß die Volkspartei fernhin von der Mitregierung ausgeschlossen wird.

Auch die Demokraten, die am 9. Oktober manche Träume haben zerrinnen sehen, machen besondere Anstrengungen. Sie wollen jetzt, der größeren Zukunft halber, das beste Pferd aus ihrem Stall ziehen: Dr. Petersen, der erste Bürgermeister, soll demokratischer Spitzenkandidat werden. Zwar hatte Dr. Petersen seinerzeit bei der Wahl zum Bürgermeister versichert, daß er sich nun nicht mehr als Vertreter einer Partei betrachten würde, sondern als überparteilicher Führer der hamburgischen Politik — was ihn freilich nie gehindert hat, bei wichtigen Entscheidungen als demokratischer Parteimann zu handeln —, aber die Sorge der Demokraten um einen zugkräftigeren Spitzenführer ist doch stärker geworden als jene aus laischer politischer Sentimentalität geborene Absicht.

Die Sozialdemokratie berührt auch diese Spitzenkandidatur nicht mehr als jede andere. Sie geht mit verstärkter Kraft unter der gleichen Parole in den Kampf, mit der sie am 9. Oktober 1927 die Schlacht gewann. Ran an den Staat! Nieder mit der Reaktion von rechts und von links.

Der zweite Straßenzug des Reichsgerichts beschäftigte sich am Montag mit der Revision des Kaufmanns Aloys Klein, der vom Schwurgericht in Opatowitz am 12. Oktober 1927 wegen Raubmordes zum Tode verurteilt wurde. Klein war Mitglied der geheimen Selbstschutzhorganisation in Oberschlesien und hatte mit anderen im September 1921 zwei jüdische Kaufleute ermordet und herabst. Die Leichen hatten sie dann in einem Waldchen vergraben, wo sie im Februar 1922 gefunden wurden. Das Gericht verwarf die Revision und bestätigte das Urteil der ersten Instanz.

Um Geßlers Nachfolge.



„Wie wär's damit? Der Unterschied gegen den Vorgänger wäre kaum zu merken!“

Trojki ins tiefste Asien verschickt.

60 Verbannungen wegen „Konterrevolution“ durchgeführt.

In einem am Sonnabend abgefaßten Briefe stellt der Vertreter des „Berliner Tageblattes“ in Moskau fest, daß am Sonntag und Montag die Verschickungen der Oppositionsführer durchgeführt worden.

Trojki wird nach Wjernj an der chinesisch-turkistanischen Grenze verschickt. Katowski wird auf Grund desselben Paragrafen nach Astrachan verbannt. Radef, Treobrasjenski und andere fahren in den Bezirk Ural der Staatspolizei, wo ihnen ihre weitere Bestimmung, die ebenfalls geändert scheint, mitgeteilt werden soll. Sjerebriakow, der dank seiner Amerikareise und seiner großartigen Tätigkeit für die Sowjetpetroleumindustrie bekannt geworden ist, wurde bereits nach Semipalatinsk (am Irtysch in Zentralasien) abtransportiert. Gegen fünfzig Oppositionelle sind schon Anfang vergangener Woche verschickt worden, so Smilga nach Kariem (Nord-Sibirien), Sapronow in eine ähnliche Verbannungsgegend. Ebenso haben in der Provinz zahlreiche Verschickungen stattgefunden.

Hingegen ist Sinowjew und Kamenev ihre Unterwerfung gelohnt worden: sie sind nur nach Penza und Tambow verbannt, beide Orte im europäischen Rußland.

Die Verbannung erfolgte auf Grund des Artikels 58 des Strafgesetzbuches wegen Konterrevolution.

Die Moskauer „Pravda“ veröffentlichte zwei an ausländische Anhänger Trojki überlieferte Briefe der „Trojkiischen Zentrale“. Der erste Brief stellt als historische Tatsache den Verrat Sinowjews und Kamenevs fest und fordert dazu auf, mit den Kapitulanten schonungslos zu brechen, sich von den

Schwankenden und Uwartenden offen zu trennen. Er verurteilt unter anderem die Haltung Maslows und Ruth Fischers, die Sinowjew und Kamenev zu rechtfertigen suchen, und erklärt, daß die Opposition

gegen die Schöpfung einer neuen Partei

und einer neuen Internationale sei, erachtet aber, daß die Meinungsverschiedenheiten tief genug seien, um die Existenz einer oppositionellen Fraktion zu rechtfertigen. Der zweite Brief weist auf die Notwendigkeit hin, sich auf die bevorstehenden Kongresse der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommintern vorzubereiten. Er ermahnt die Anhänger der Opposition, alles aufzubieten, damit an den Kongressen auch oppositionelle Delegierte teilnehmen und ihren Standpunkt vertreten. Es soll anläßlich des Ausschusses der Oppositionellen und ihrer Verschickung

eine großzügige Propaganda

in der Sowjetunion und in der gesamten Komintern entfaltet werden. „Pravda“ hebt das völlige Auseinandergehen der Kreise der Opposition hervor und stellt fest, daß die Trojkiisten ihre Wegsahne Tätigkeit trotz der Verschickungen auf dem unlängst geschlossenen 15. Parteitag fortsetzen. Die Trojkiisten, so schreibt das Blatt, haben weder in noch außerhalb der Sowjetunion irgendeinen Stützpunkt behalten und veruchen jetzt, sich auf die aus der Komintern ausgeschlossenen antikomunistischen Elemente zu stützen. Das Blatt betont, daß die Trojkiisten vor der internationalen Sozialdemokratie restlos kapitulieren und erklärt, mit solchen Verrätern müsse man rücksichtslos brechen.

Bötkischer Verleumder vor Gericht.

2000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung eines Sozialdemokraten.

München, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Ein ganzes Bündel gehässiger Verleumdungen gegen Sozialdemokraten veröffentlichte im Sommer vorigen Jahres ein in Bamberg erscheinendes nationalsozialistisches Standardblatt des Hitlers, dessen Redakteur schon wiederholt in Beleidigungsprozessen abgeurteilt worden ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete Endres wurde z. B. dadurch zu diffamieren versucht, daß in dem Artikel behauptet war, er habe es durch seine Ministerialtätigkeit 1919/20 zum mehrfachen Willensbesitzer gebracht, habe sich auch sonst glänzend verjort und sei zum richtigen Bourgeois und Kapitalisten geworden.

In der am Montag gegen den Verleumder durchgeführten Gerichtsverhandlung machte selbst der Verteidiger des beklagten Hafentanzredakteurs zugeben, daß der durch acht Zeugen versuchte Wahrheitsbeweis auch nicht die Spur einer Beteiligung der verschiedenen Behauptungen des Artikels erbracht habe. Das Urteil lautete auf 2000 M. Geldstrafe, wobei in der Begründung ausgeführt ist, daß die verleumderischen Warnworte sich als gänzlich unberschligt herausgestellt hätten. Die Höhe der Strafe wurde damit begründet, daß es sich um Beleidigungen und Beleidigungen schlimmster Art handle, die mit Vorbedacht und mit Kunstfertigkeit ausgeübt wurden, um den Kläger im öffentlichen Leben unmöglich zu machen.

Prozeß Schred.

Der Schluß der Montagssitzung im Dokumentenfälscherprozeß Schred brachte nichts Neues. Vernommen wurden Freundinnen Schreds, deren Aussagen belanglos waren. Kriminalkommissar Göpner von der Zentralstelle für Spionageabwehr im Berliner Polizeipräsidium gab an, daß Schred von vornherein die Fälschungen zugegeben habe. Ihr Zweck sei gewesen, den „Interessenten“, und zwar den Delegierten der nationalen Verbände vorzuspiegeln, als ob die Vermittlungsstelle enge Beziehungen zum Reichswehrministerium unterhalte. Im Laufe der Zeit sollten die Dokumente zu einem kleinen Geheimarchiv verwerter, und dann in Bausch und Bogen einem Balkanstaat angeboten werden, wobei mindestens 10.000 M. herauszuschlagen seien. Später wollte man dann in einer öffentlichen Erklärung auf die Gefahr des gefälschten Materials hinweisen und damit auch die Interalliierte Kontrollkommission in Berlin blamieren. Das militärische Material stamme von Aler, während die politischen Dokumente und auch die Denkschriften über das Nachrichtenwesen von ihm, Schred, herrührten.

Der Verein der ausländischen Presse in Berlin hat den Vertreter der „Associated Press“ Lohner zum Vorsitzenden gewählt.

Gilbert bei der Reparationskommission.

Um die Endsumme.

Paris, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Der Reparationsagent Parker Gilbert hatte am Sonnabend — wie erst jetzt bekannt wird — eine längere Konferenz mit der Reparationskommission, wobei die in seinem Jahresbericht enthaltenen Schlussfolgerungen und insbesondere die Frage der endgültigen Festlegung der deutschen Schuld, erörtert wurde. Die einzelnen Delegationen sollen ihren Regierungen über diese Aussprache Bericht erstatten. Nach dem Versailler Vertrag steht das Recht einer Herabsetzung der deutschen Schuld nicht der Reparationskommission selbst zu, sondern nur den darin vertretenen Regierungen.

Briand gab am Montag zu Ehren des Reparationsagenten ein Frühstück, an dem u. a. Poincaré, der Justizminister Barthou sowie eine Reihe von französischen Parlamentariern teilnahmen.

Coolidges Rede in Havanna.

Friedensgeist, Gleichberechtigung usw.

London, 16. Januar. (Eigenbericht.)

In Havanna ist am Montag mit großer Feierlichkeit der Panamerikanische Kongress zusammengetreten. Präsident Coolidge, der bei seiner Ankunft durch ein anderthalbstündiges Pfeifen der Schiffskonten geehrt wurde, hielt die Eröffnungsaussprache, in der er zunächst die kulturelle und demokratische Sendung des amerikanischen Kontinents pries. Es sei besser, stellte er fest, wenn die Völker selbst ihre Fehler machten, als daß die Fehler von den Obrigkeiten für sie gemacht würden. Coolidge pries hierauf die amerikanische Friedensliebe. Die amerikanischen Nationen hätten niemals an militärische Größe geglaubt, und die Konferenz in Havanna trete zusammen, um die friedlichen Beziehungen der amerikanischen Staaten untereinander auszuüben. Sämtliche an der Konferenz teilnehmenden Staaten, große wie kleine, befänden sich auf dem Fuße absoluter Gleichberechtigung (?). Lediglich amerikanische Probleme seien zu erörtern, deshalb stelle die Konferenz keinerlei Ausdruck eines Gegenstückes zu irgendeinem anderen Land oder einer anderen Organisation dar. Diese Feststellungen waren offensichtlich auf den Völkerverbund gemünzt.

Am Schluß seiner Ausführungen, die kein Wort über die Vorgänge in Nicaragua enthielten, feierte Coolidge die Presse. Er beendete dann seine Ausführungen mit einem Hymnus auf den Geist, der die amerikanischen Staaten bei der Lösung der zwischen ihnen auftretenden Meinungsverschiedenheiten stets ausgezeichnet hätte.

Die Tagung des IOB. in Berlin.

Die Beratungen des Vorstandes.

Am Montag trat, wie bereits gemeldet, im Bundeshaus des IOB. der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer Sitzung zusammen. Der Vorstand genehmigte zunächst den Tätigkeitsbericht des zweiten Halbjahres 1927 sowie das vom Sekretariat unterbreitete Aktionsprogramm für 1928. Ferner hielt er die Jahresrechnung für 1927 und den Finanzplan für das Jahr 1928 gut, die dem Ausschuss zur weiteren Behandlung und Beschlussfassung unterbreitet werden sollen. Im übrigen besaßte sich die Sitzung mit vorbereitenden Arbeiten für den Ausschuss, d. h. mit den Fragen der Reorganisation des IOB., der Vorbereitung für die nächste Internationale Arbeitskonferenz, der Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr, Anschließgejuchen usw.

Nach Eintreffen der Nachricht vom dem plötzlichen Tod Karl Dürrs, des Generalsekretärs des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und langjährigen Mitgliedes des Ausschusses des IOB., richtete der Vorstand an den schweizerischen Gewerkschaftsbund sowie an die Familienmitglieder des Verstorbenen ein Beileidstelegramm. Die Schweiz wird in der Ausschusssitzung des IOB. von Schürch, dem Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, vertreten sein.

Die Ausschusssitzung des IOB., an der auch Vertreter

der internationalen Berufssekretariate teilnehmen, beginnt am 17. Januar morgens 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engländerstr.

Am Donnerstagnachmittag findet ein Empfang des IOB. beim Reichsarbeitsminister statt.

Die internationalen Berufssekretariate.

Ihre Mitgliederzahlen Ende 1926.

In der Sonntagsnummer veröffentlichten wir einige Mitgliederzahlen der internationalen Berufssekretariate auf Grund der Angaben des Jahrbuchs von 1926, das die Mitgliederzahlen von Ende 1924 enthält. Da sich diese Zahlen inzwischen jedoch teilweise erheblich verändert haben, geben wir nunmehr die zuletzt veröffentlichten vom Ende 1926 wieder. Es hatten danach Mitglieder: Transportarbeiter 2 224 954, Bergarbeiter 1 897 706, Metallarbeiter 1 582 932, Holzarbeiter 999 668, Textilarbeiter 941 551, Bauarbeiter 761 606, Lebensmittelarbeiter 745 001, Privatangestellte 691 387, Fabrikarbeiter 562 136, Dienstliche Dienste und Betriebe 498 673, Post 475 304, Landarbeiter 314 666, Bekleidungsarbeiter 306 877, Leberarbeiter 283 399, Maler 181 375, Buchdrucker 180 467, Keramiker 119 457, Tabakarbeiter 106 418, Steinarbeiter 103 944, Glasarbeiter 94 827, Buchbinder 79 509, Hotelangestellte 62 683, Hül-arbeiter 48 576, Lithographen 46 081, Diamantarbeiter 22 696, Freigelehrten 9169. Zusammen 13 322 062.

Mitteldeutscher Metallarbeiterkampf.

Streik in Magdeburg, Halle, Merseburg und in Anhalt.

Magdeburg, 16. Januar.

In Anhalt, so in Dessau, Zerbst, Bernburg und Staßfurt ruht in den meisten Betrieben der Metallindustrie seit heute früh die Arbeit.

Die Abstimmungen in den Betrieben über den Schiedspruch des Schlichters für die mitteldeutsche Metallindustrie haben in Magdeburg eine Mehrheit von 92 bis 99% Prozent gegen den Schiedspruch ergeben. Es steht noch eine Abstimmung aus. Damit ist auch in Magdeburg der Streik beschlossen. Heute nachmittags gegen 3 Uhr ist die Hälfte der 20 000 Magdeburger Metallarbeiter in den Streik getreten.

Bayerische Reservarechte.

Die Arbeitslosen können warten.

In der Wartezeitfrage für Arbeitslose ist Bayern wieder einmal seine eigenen Wege gegangen. Während alle anderen Arbeitsämter auf den Protest der Gewerkschaften hin die Wartezeit für Saisonarbeiter auf eine Woche gekürzt haben, hat das bayerische Landesarbeitsamt nur eine Kürzung um eine Woche vorgenommen. Danach beträgt also in Bayern die Wartezeit für Arbeitslose aus Betrieben, die in unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen alljährlich in der Regel eingestellt oder zeitweilig eingestellt werden, eine Woche, wenn die betreffenden Arbeitslosen mindestens sechs Wochen in den letzten zwölf Monaten vor der Arbeitslosmachung in solchen Betrieben tätig waren, und zwei Wochen, wenn ihre Beschäftigung entsprechend acht Monate gedauert hat.

Die Verbesserungen, die im allgemeinen in der Wartezeitfrage unter dem Druck der Gewerkschaften gegenüber der Verordnung des Verwaltungsrates herausgeholt wurden, haben nur für den Augenblick eine halbwegs erträgliche Regelung, aber noch keine wirkliche Klärung der vielumstrittenen Frage geschaffen. Die Verordnung muß unbedingt generell nachgeprüft werden, sobald einigermaßen örtliche und begründete Erfahrungen mit den jetzigen Bestimmungen vorliegen. Da die Verordnung nur bis zum 31. März gilt, müssen die Arbeitsvertritte in den Ausschüssen rechtzeitig die notwendigen Anstrengungen machen, damit bei der endgültigen Regelung der Frage eine für die Arbeiterklasse zufriedenstellende Lösung herauskommt.

Ein unmögliches Gerichtsgebäude.

Das Arbeitsgericht Berlin.

Zu den vielen Klagen über die unerträglichen Zustände beim Arbeitsgericht Berlin wird uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben:

Die Raumverhältnisse beim Arbeitsgericht Berlin in der Zimmerstraße sind in letzter Zeit wiederholt Gegenstand erheblicher Angriffe gewesen. In der Tat kann, wer das zweifelhaftes Vergnügen hat, herrlich ständig oder zumindestens mehrere Male in der Woche auf dem Arbeitsgericht Berlin tätig zu sein, die Berechtigung dieser Angriffe nur unterschätzen.

Das in der Zimmerstraße gelegene Gebäude des Arbeitsgerichts Berlin, welches bis zum Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes, d. h. bis zum 1. Juli 1927, in gleicher Weise dem Gewerbegericht und Kaufmannsgericht als Sitz diente, reicht in keiner Weise aus, um die Bedürfnisse einer so umfangreichen und wichtigen Gerichtsbehörde, wie das Arbeitsgericht sie für eine Industriestadt wie Berlin darstellt, zu befriedigen. Abgesehen davon, daß man ein Gebäude,

in dem hunderttausende ihr Recht suchen,

auch in repräsentativer Hinsicht gewisse Anforderungen stellen darf und muß, die hier nicht im geringsten erfüllt werden, machen sich bei dem ständig wachsenden Verkehr des Arbeitsgerichts Berlin die Raumängel auch in technischer und hygienischer Beziehung auf das unangenehmste bemerkbar.

Die Verbände der Lederindustrie, Schuhindustrie und Lederverwarendeindustrie haben nunmehr gemeinsam mit den zuständigen Gewerkschaften eine Eingabe an den Präsidenten des Landgerichts I sowie an den Polizeipräsidenten gerichtet und auf diese Zustände aufmerksam gemacht, soweit die hier in Frage kommenden Wirtschaftskreise davon betroffen werden.

Als Verhandlungszimmer dient ein Raum von geringstem Ausmaß. Für Zuhörer, Zeugen, Parteien usw. hat gerade eine schmale Bank im Raum Platz gefunden, so daß die Mehrzahl

der Zuhörer Hundstangen in den Ecken stehen muß oder zu der doch grundsätzlichen öffentlichen Verhandlung keinen Zutritt finden kann.

Das „Beratungszimmer“ dieser sogenannten Ledertammer besteht aus einem Raum, der hinter dem Abort liegt und der

einen Umfang von noch nicht einem Quadratmeter

hat, so daß in diesem Raum der Gorderosten für die Mitglieder der Kammer knapp Platz finden kann. Die Beratung der Kammer in diesem Raum ist naturgemäß nicht möglich. Nach jeder Verhandlung, wenn das Gericht sich „zur Beratung zurückziehen“ will, muß daher das Verhandlungszimmer von sämtlichen Zeugen, Parteien, Zuhörern usw. geräumt werden, die dann auf dem zugigen Korridor zwischen verstaubten Alken Platz nehmen müssen und den Verkehr dort weiter erschweren. Dieser Vorgang spielt sich im Laufe eines jeden Vormittags mehrere Male ab.

Sollte es wirklich nicht möglich sein, angesichts dieser Zustände in der Reichshauptstadt Berlin ein geeignetes Gebäude für eine der wichtigsten Gerichte zu finden?

Es wird immer wieder über Verhandlungen bezüglich eines Neubaus bzw. der Übernahme des früheren Amtsgerichtsbauwerks in der Prinz-Albrecht-Strasse berichtet, aber etwas Positives ist immer noch nicht geschehen.

Arbeitsnachweisangestellten-Konferenz.

Der Zentralverband der Angestellten hatte zu Sonntag vor-mittag nach Berlin eine Konferenz der Arbeitsnachweisangestellten der Provinzen Brandenburg und Grenzmark einberufen, die einen sehr guten Besuch aufwies. Genosse Hauffherr, Vorstandsmittglied des IOB., hielt einleitend ein aufmunterndes Referat über „Das Arbeitsrecht des Personal der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“.

Er beleuchtete zunächst die Praxis der Arbeitsvermittlung in der Vorkriegszeit und kennzeichnete dabei auch die Kritik, die die freien Gewerkschaften vor etwa 30 Jahren deswegen haben, die gemeinsame Arbeitsvermittlung mit den Unternehmern oder die Schaffung von paritätischen Arbeitsnachweisen abzulehnen, wie es auch die Unternehmer — allerdings aus anderen Gründen — taten. Aber schon einige Jahre vor dem Kräfte wanderten die freien Gewerkschaften ihre Auffassung darüber, während die Unter-nehmer an ihrem früheren Standpunkt festhielten. Es kam dann sogar zu schweren Kämpfen, besonders in der Holzindustrie, um die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise. Von jeder haben aber die freien Gewerkschaften, wie für alle Sozialinstitutionen, so auch für die Arbeitsnachweise, die reine Selbstverwaltung gefordert, die aber bisher nur bis zu einem gewissen Grade verwirklicht werden konnte.

Die freien Gewerkschaften waren stets gegen eine bureaukratische Verwaltung, gegen eine Verwaltung vom grünen Tisch her. Es ist keine Antipathie gegen das Berufsbeamtentum, wenn von den Gewerkschaften gefordert wird, daß die Selbstverwaltung der sozialen Institutionen nicht ausschließlich von Berufsbeamten ausgeht wird. Die Selbstverwaltung bei solchen Einrichtungen wird bedingt dadurch, daß es sich nicht um die Verwaltung der Steuern der Staatsbürger handelt, sondern um die Verwaltung von Beiträgen bestimmter Interessenten. In diesen sozialen Körperschaften müssen Leute sitzen, die nicht nur sozialpolitische Kenntnisse und Erfahrungen, sondern auch ein Herz für soziale Räte haben. Die Selbstverwaltung muß aber auch zur Folge haben, daß durch sie ein Einfluß auf die Personalpolitik ausübt werden kann. Durch die Zusammenfassung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung ist endlich der ewige Kompetenzstreit der Behörden, wie er z. B. zwischen dem Handelsministerium und dem Ministerium für Volkswohlfahrt bestand, beseitigt worden.

Um die Schaffung eines guten Personalrechtes für die Angestellten der Reichsanstalt ist der IOB. an erster Stelle bemüht gewesen. Schon im August vorigen Jahres wurde von ihm der Abschluß eines Kollektivvertrages gefordert, um zu verhindern, daß vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt einseitig eine Dienstordnung erlassen wird, in der die berechtigten Wünsche der Angestellten gar nicht oder nur sehr gering berücksichtigt werden. Es ist vor kurzem auch ein Kollektivvertrag für die Angestellten der Reichsanstalt abgeschlossen worden, der zwar nicht alle Wünsche der Organisation verwirklicht, der aber immerhin den Angestellten viele Sicherungen bietet. Genosse Hauffherr ging dann näher auf die einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages ein und sprach die Erwartung aus, daß es im Laufe der Zeit gelingen wird, noch vorhandene Unbequemlichkeiten in diesem Vertrage zu beseitigen. Er unterzog auch noch das Liebeswerben verschiedener Beamten- und Angestelltenorganisationen um des Personal der Reichsanstalt einer scharfen Kritik und erwähnte die Erscheinungen, die einzige wirkliche Interessensvertretung der Arbeitsnachweisangestellten, den IOB., zu stärken.

In der Gemisch ausgebliebenen Diskussion entwickelte sich ein interessantes Frage- und Antwortspiel, das erhellte, welche Mißstände es bei den Arbeitsnachweisen in der Provinz noch zu beseitigen gibt. Ueber den Aufbau der künftigen Arbeitsämter konnte nichts Näheres gesagt werden, da die von verschiedenen Seiten eingereichten Pläne noch manche Änderungen erfordern dürften. Die Konferenz wählte zum Schluß noch einen Arbeitsausschuß, der dem Verbandsvorstand bei der Durchführung der in nächster Zeit bevorstehenden Arbeiten zur Hand gehen soll.

Die Bewegung im Ruhrbergbau.

Rückbildung des Mehrarbeitsabkommens.

Essen, 16. Januar.

Gestern fanden im Ruhrgebiet etwa 40 Mitgliederversammlungen des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter statt, die sich mit der auf der Essener Bezirkskonferenz am 10. Januar einstimmig angenommenen Entschlieung befaßten. In dieser Entschlieung ersucht die Bezirkskonferenz die Hauptverwaltung, unerbittlich mit den übrigen Organisationen der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände Verhandlungen über die baldige Rückbildung des Mehrarbeitsabkommens aufzunehmen, dessen zwischenzeitliche Regelung vom Bergbau abgelehnt worden war, und sie hofft von der Leitung des Gewerkschafts, daß eine verkürzte Arbeitszeit baldmöglichst eingeführt und eine der Leistung entsprechende Lohnhöhung erfolgt.

Der Bergarbeiterverband wird am kommenden Sonntag in einer großen Kundgebung in Bochum, bei der der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Hagemann, sprechen wird, zu den obigen Fragen gleichfalls Stellung nehmen.

Albert Thomas in Berlin.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, wird am 25. Januar dem Zentralverband der Angestellten einen Besuch abstatten. Bei dieser Gelegenheit werden die sozialen Probleme der Angestelltenschaft und vor allem die Forderungen der freien Angestellten auf internationalen Gebiet erörtert werden.

Albert Thomas wird nicht, wie er beabsichtigt hatte, schon vor der Tagung der Oberschlesienkommission, sondern erst nach den am 18. und 19. Januar in Kattowitz stattfindenden Verhandlungen nach Berlin kommen. In den Kattowitzer Verhandlungen nimmt als Vertreter der deutschen Regierung Ministerialdirektor Dr. Söhler teil, der polnische Vertreter ist Sokol. Von Kattowitz begibt sich Thomas zunächst nach Warschau. Von dort kommt er nach Berlin.

Jubilärfest der Berliner Metallarbeiter.

1200 Vorkämpfer der Arbeiterbewegung.

Die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes veranstaltete am Freitag abend im Saalbau Friedrichshain eine Feier zu Ehren ihrer Mitglieder, die auf eine 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft in dieser Organisation zurückblicken konnten. Von den rund 1200 Jubilaren und Jubilariinnen waren fast alle erschienen.

Unter den Ehren Gästen sah man alte Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, deren Namen in der Arbeiterbewegung einen guten Klang haben, wie z. B. den früheren Berliner Bevollmächtigten Adolf Cohn, Genosse Wilhelm Siering usw., sowie Vertreter der befreundeten Organisationen.

In einer kurzen Ansprache würdigte Genosse Ziska die aufopferungsvolle Leben der Jubilare und Jubilariinnen.

Genosse Münzinger, Bilanzmeister in Spandau, sprach der Ortsverwaltung im Namen der Jubilare den Dank aus für die schöne Veranstaltung und für die anerkennenden Worte des Genossen Ziska.

Coof macht wieder von sich reden.

Am Anschluß an die sogenannte industrielle Friedenskonferenz in England, d. h. an die Besprechungen zwischen den Industriellen und den Gewerkschaften sind zwischen dem britischen Gewerkschaftsrat und Coof, der seit dem letzten Gewerkschaftstongress Mitglied des Generalrats der britischen Gewerkschaften ist, Differenzen entstanden. Coof erklärte in der Presse, die Mitteilungen über die gemeinsame Besprechung zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter seien irreführend. So sei z. B. nichts darüber gesagt worden, daß die Unternehmern von den Arbeitervertretern die Unterzeichnung einer Kundgebung verlangten, in der der Glaube an den Frieden in der Industrie und die Notwendigkeit betont werde, eine Währungsreform zu beendigen von Streiks und Ausperrungen zu schaffen.

Demgegenüber versichert der Sekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, Clive, daß Coof eine einseitige und irreführende Darstellung der Verhandlungen gebe. Seine Vorwürfe seien vermutlich nichts anderes als ein Versuch, die gemeinsamen Besprechungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zum Scheitern zu bringen. Coof müsse wissen, daß seine wie immer gearteten Beschlässe gefaßt worden seien und daß sämtliche Fragen vom Generalrat in einer Sonder-sitzung Ende Januar besprochen werden. Ebenso müsse Coof wissen, daß seine Behauptung, der Generalrat wolle die Arbeiter über die Verhandlungen im Dunkeln lassen, völlig absurd sei. Der Generalrat werde sich nunmehr mit dem Verhalten Coofs befassen müssen.

Drei Gewerkschaftsjugend Grupp Berlin. Heute, Dienstag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Sozialistischer Arbeiter-Gruppenverein (SOA), Jugendheim Klauerstraße 18, Zimmer 3. Reihenort: Die Stellung der Frau im Handel der Geschäfte. — Schenkerweiser: Jugendheim Berliner Str. 31. Ausgangspunkt und Zielsetzung. — Leubner: Jugendheim Friedrichstraße 1. 100 Jahre deutschen Humors. — Richter: Jugendheim Jugendheim Poststr. 2. Vortrag: Arbeiterführer Hebel und Kollé. — Treptow: Gruppenheim Schöne Wiesenstraße 13-14 (Vortragszimmer). Vortragsabend. — Humboldt: Jugendheim Vorkamp. Off. Gesamtfrage. Altschülerort: Auf Schöne-lunden durch das Hirschengiebig. — Gildreis: Im Jugendheim des Verkehrs-bundes, Engländer 24. Reklamationsvermittlung. Vortrag: Die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft.

Jugendgruppe des IOB. Heute, Dienstag, 19. Uhr, abend von 20-22 Uhr in der Turnhalle der Schöne Wiesen Str. 31. Turnabend mitbringen! Die nicht am Turnabend teilnehmenden Jugendmitglieder besuchen die Kundgebung des Bundes erziehender Erzieherinnen gegen „Das Umwerfen der Bettelstühle“ in der Aula des Werner-Siemens-Gymnasiums, Hohenschönhauserstr. 47-48. Berlin 19. Uhr, in der Jugendleiter-Verwaltung Klauerstr. 18. Vertreter des IOB.-Ortsamtes sind: ...

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Alingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Strasser; Revolution: A. B. Widder; Volkswirtschaft: A. B. Widder; Wissenschaft: E. B. Widder; Kulturelle: E. B. Widder; Berlin: E. B. Widder; Land: E. B. Widder; Dombau: E. B. Widder; Bergbau: E. B. Widder; Eisen: E. B. Widder; Holz: E. B. Widder; Textil: E. B. Widder; Leder: E. B. Widder; Metall: E. B. Widder; Papier: E. B. Widder; Druck: E. B. Widder; Transport: E. B. Widder; Handel: E. B. Widder; Dienstleistungen: E. B. Widder; Sonstige: E. B. Widder.

2 Teller Suppe für nur 13 Pfennig

erhalten Sie mühelos auf einfache Weise — durch kurzes Kochen mit Wasser — in reicher Sortenauswahl

aus MAGGI'S Suppen-Würfeln.



Häuser auf Moorgrund.

Eine Tragödie in Charlottenburg.

Schon wiederholt beschloß sich die Deckungslosigkeit mit den baulichen Zuständen eines durch Einsturzgefahr bedrohten Häuserblocks in Charlottenburg. In der letzten Zeit haben sich dort neue Schäden bemerkbar gemacht, die Veranlassung geben, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Es handelt sich um den Häuserkomplex zwischen der Heibel-, Fritzsche- und Wallstraße.

In einer im Charlottenburger Rathaus abgehaltenen Pressekonferenz äußerte sich Oberbaurat Fischer von der Berliner Baupolizei über die Ursachen und die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen des gefährdeten Häuserblocks. Vor etwa 20 Jahren wurde das Gelände, das einen moorigen und morastigen Untergrund hat, von einer Grundstücksfirma zur Bebauung gekauft. Da der moorige Boden die starke Belastung der Häuser nicht aushalten konnte, wurden Holzpfähle in das Erdreich getrieben und darüber Zementplatten eingefügt. Jedoch bereits nach vier bis fünf Jahren machten sich in den dort entstandenen Häusern die ersten Schäden bemerkbar.

Bei der Herstellung des Fundaments war nicht mit der nötigen Sorgfalt verfahren worden

und einige Pfähle waren nicht bis auf den festen Baugrund, der an dieser Stelle etwa 14 bis 18 Meter unter dem Korost liegt, gelangt. Die Folge davon war, daß die Häuser in Bewegung gerieten, die zu schwachen Balken nachgaben und sich im Mauerwerk starke Risse bemerkbar machten. Es galt nun, durch Betonierungsarbeiten und Schaffung neuer Fundamente zunächst das am meisten gefährdete Haus Heibelstraße 17 zu schützen. Da jedwede Erdarbeiten vermieden werden mußten, wurde von dem Einraumern von Holzpfählen mit Zementkappen abgesehen und Betonpfähle eingefügt.

Bei Bohrungen, die diese Arbeiten erforderlich machten, stellte sich überraschend heraus, daß die alten Holzpfähle, die damals eingebracht worden waren, völlig schief, zum Teil sogar waagrecht lagen. In etwa 15 Meter Tiefe fand man einen Betonklotz, der im Laufe der Zeit abgefaßt war. In der letzten Woche sind unter jedem Pfeiler mehrere Betonpfähle errichtet worden, um das Haus so im Fundament zu stützen. Nach Beendigung dieser Sicherheitsaktion soll dann versucht werden,

das Gebäude, das sich um etwa 43 Zentimeter aus dem-Lot geneigt hat,

durch hydraulischen Druck wieder gerade zu rücken. Die Kosten für diese Arbeiten, die bisher etwa 20.000 M. erfordert haben, sollen sich noch um weitere 20.000 bis 25.000 M. erhöhen. Oberbaurat Fischer kam zu dem Ergebnis, daß für den Häuserblock, besonders für das Haus Heibelstraße 17, eine besondere Einsturzgefahr zu befürchten sei, und er wies darauf hin, daß sich ähnliche Verhältnisse auch in anderen Teilen Berlins, beispielsweise am Roten Schloß, an der Friedrichsgracht und in der Belfestre, 22 befänden. Nach seinem Dafürhalten sei eine Räumung des Hauses nicht erforderlich, und von den Gaswerken solle bereits geprüft werden, ob die Gaszufuhr nicht wieder freigegeben werden könne. Der Dezentral des Wohnungsamts, Stadtrat Genosse Harlik, verteidigt jedoch demgegenüber den Standpunkt, daß es gemäß sei, sich auf das Urteil nur eines Sachmannes zu verlassen, und daß die Frage der Sicherheit oder Einsturzgefahr zweckdienlicher von einer besonderen Kommission geprüft werden müsse. Er erklärte ferner, daß den Mietern der gefährdeten Häuser auf Wunsch andere Wohnungen zur Verfügung gestellt würden. Allerdings werde es nicht möglich sein, derartige Räumlichkeiten im Bezirk Charlottenburg zu finden. Auch er betonte die Notwendigkeit, die Häuser des gesamten gefährdeten Komplexes zu heben, wofür insgesamt etwa 200.000 M. notwendig sein würden. Die sich anschließende Besichtigung der Häuser, besonders des Gebäudes Heibelstr. 17, ergab für den Laien den Eindruck, daß die Gefahr eines Einsturzes

doch wohl größer zu sein scheint als es die Ausführungen der Fachleute der Baupolizei erkennen lassen. Die Beunruhigung der Bewohner ist durch die Schäden, die besonders im letzten Jahr einen unvorhergesehenen Umfang angenommen haben, aufs höchste gesteigert. Vor allen Dingen sind die Mieter des am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Hauses Heibelstraße 17 in großer Sorge, daß das Haus plötzlich über ihren Köpfen zusammenbrechen könnte. Bereits am Sonnabend voriger Woche wurde auf Veranlassung der Gaswerke die Gaszufuhr abgebrochen, weil die Gaswerke mit Rücksicht auf die zum Teil lauffreien Risse in dem Mauerwerk des Gebäudes wegen der Gasgefahr nicht mehr die weitere Verantwortung tragen wollten.

Der Hof des Grundstückes Heibelstraße 17

macht geradezu einen schmerzlichen Eindruck. Große Sandberge erheben sich, die bei den Ausschüttungsarbeiten für die Stützungsaktion an die Oberfläche gefördert wurden. Ein schwerer T-Träger, der sich vom Quergebäude zum Vorderhaus zieht, ist völlig verbogen, da die Fundamente weiter nachgegeben haben. Schnell mußte ein neuer, durch Eisenbahnen verstärkter Holzerner Schuppenteiler gezogen werden. Zehn bis zwölf starke Holzbohlen, die in das Mauerwerk eingefügt sind, sollen die Hinterfront des Vorderhauses vorläufig sichern. Das Haus hat sich nach den verschiedensten Richtungen geneigt, und die Fassade weist sowohl an der Außenfront wie auch nach innen bei den beiden Seitensümpfen klaffende Risse bis zum Durchmesser einer Faust auf. Auch die vor vier Tagen neu angelegten Gipsmarken in den Rißstellen zeigen bereits neue Risse, woraus hervorgeht, daß die Bewegung des Hauses entgegen den Behauptungen der Baupolizei doch noch nicht aufgehört hat. Aus den Ausführungen der Mieter ging die große Beunruhigung und Aufregung hervor, deren sich aller Bewohner des Hauses bemächtigt hat. Soweit nicht elektrisches Licht vorhanden ist, sind die Wohnungen infolge der Absperrung der Gaswerke vollkommen ohne Beleuchtung. Die Beleuchtung der Wohnungen im dritten Stock ergab, daß dort, wie auch in anderen Wohnungen, der Staub von den Decken fällt, die Türen und Fenster nicht mehr richtig schließen und in sämtlichen Zimmern die Wände von großen Rissen durchsetzt sind. Die Mieter, deren Reden infolge der schon lange Zeit hindurch unheilbaren Zustände auf das äußerste angegriffen sind, führen lebhaft Klage über das Verhalten der Bauvollzieher und verlangen, daß man ihnen andere Wohnungen zur Verfügung stellt. In einem der Schlafzimmer im dritten Stock hat man bereits die ganze Decke mit einer Stoffspannung versehen, um sich auf diese Weise behelfsmäßig des Nachts vor dem Herunterfallen des abbröckelnden Stubs zu schützen. Nach Auslösen der Hausbewohner haben sich die Risse in der letzten Zeit so verstärkt, daß auch der Schornstein in Mitleidenschaft gezogen wird, und beim Heizen die Wohnungen mit Kohlendunst angefüllt werden, da der Rauch durch die Risse in den Wänden hindurchdringt. Die Mieter stehen auf dem Standpunkt, daß von der Baupolizei mit größerer Beschleunigung durchgegriffen werden muß, und daß man ihnen schnellstens andere Wohnungen zur Verfügung stellen muß, da die Zustände in dem Hause Heibelstraße nicht mehr länger erträglich seien.

Zahlreiche andere Häuser in der Heibel-, Fritzsche- und Wallstraße weisen ähnliche Schäden auf. Überall starke Rißstellen, die für die baupolizeiliche Kontrolle mit Gipsmarken versehen sind. Sehr stark bedroht scheint auch das Haus Fritzschestraße 17, wo sich vom Dachstuhl bis zu den Parterrräumen ein starker Riß von etwa 6 bis 10 Zentimetern Breite hinzieht.

Oberbaurat Fischer betonte noch, daß, wenn heute ein Gelände zur Bebauung erschlossen werden soll, genaue baupolizeiliche Untersuchungen über die Beschaffenheit des Baugrundes angestellt würden, und daß es ausgeschlossen sei, daß sich ähnliche Folgen aus der nachlässigen Behandlung wie vor zwanzig Jahren in Charlottenburg ergeben könnten.

Finanzgruppen unter sich!

6 Monate Gefängnis für Bankier Kuhnert.

Die Gerichtsverhandlung, über deren Beginn wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, gestaltete sich zeitweise höchst dramatisch. Ausgangspunkt der ganzen Affenschiebung des Bankdirektors Kuhnert war ein Bericht des Landgerichtspräsidenten und des Ersten Staatsanwalts in seiner Gnadenfuge. Wie war der Inhalt dieses Berichts, der nur den Behörden und den Verteidigern Kuhnerts zugänglich sein konnte, zur Kenntnis des Generalkonsuls Fonck, dem Widersacher Kuhnerts in den Mannheimer Motorenwerken, gekommen? Um diese Frage drehte sich in der Hauptsache die Beweisaufnahme. Und dieser Bericht, der allein auf unrechtmäßige Weise in die Hände des Generaldirektors gekommen sein konnte, wurde Gegenstand der Kuhnertischen Aktenvernichtung. Er sollte vernichtet werden, damit er ihm in Zukunft nicht mehr schaden könne. Die Gerichtsverhandlung gestaltete interessante Einblicke in die Kampfweise gewisser Finanzgruppen, in die Methoden, deren sie sich bedienen, wenn es sich darum handelt, einen Finanzmann unmöglich zu machen.

Zwischen der Finanzgruppe des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Mannheimer Motorenwerke Fonck und der Kuhnertischen Finanzgruppe bestanden schwerwiegende wirtschaftliche Differenzen. Als die anonyme Postkarte über die Vorstrafen Kuhnerts in die Verkehrsbahn auf den Schreibtisch des Generalkonsuls Fonck gefallen kam, wollte er sie, wie er behauptete, in den Papierkorb werfen. Ein Mitglied des Aufsichtsrats, ein Staatssekretär, erklärte aber: „Unter keinen Umständen. Ich sage nicht im Aufsichtsrat neben einem Manne, der vorbestraft ist, Schaffen Sie Klarheit. Wehnliche Postkarten können auch anderen Aufsichtsratsmitgliedern zugegangen sein.“ Das war allerdings nicht der Fall. Gleiche anonyme Schreiben hatten aber die Girozentrale und die Seehandlung erhalten. Fonck legte auch den stellvertretenden Vorsitzenden, Rechtsanwalt Stähr, von dem Inhalt der Karte in Kenntnis. Dieser denoch sich in Begleitung Kuhnerts nach Waggitz, erhielt hier Einblick in dessen Akten und überzeugte sich, daß ihnen tatsächlich ein für Kuhnert vernichtender Bericht beigelegt war. Letzterem erklärte er aber, daß eine Abschrift nicht zu erhalten sei. Als Fonck Kuhnert den Inhalt der anonymen Postkarte mitteilte, erwähnte er ihm gegenüber auch den Bericht des Landgerichtspräsidenten. In der gestrigen Gerichtsverhandlung noch er zu, daß die Vermutung nahelege, er habe vom Rechtsanwalt Stähr über den Bericht Kenntnis erhalten. Das Parlandmitglied V'Orange, der zur Gruppe Kuhnert gehörte, und der hauptberufliche Vertreter der Mannheimer Motorenwerke hatten jedoch bei ihrer kommissarischen Vernehmung mit verblüffenden Einzelheiten ausgesagt, daß Generalkonsul Fonck ihnen gegenüber den Berliner Kriminalkommissar Ulfen als Urheber des Materials bezeichnet habe. Dielem sei bereits vor dem Fall, daß ihm durch die Herbeischaffung des Materials Unannehmlichkeiten entstehen sollten, eine Stellung in den Mannheimer Motorenwerken vorbehalten.

Unlösliche Widersprüche zwischen der Auslage des Generalkonsuls Fonck und verschiedenen Zeugen führten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen Fonck und der Verteidigung. Die Verteidigung war der Ansicht, daß nur eine Indiscretion der Polizei oder der Staatsanwaltschaft zu dem unrechtmäßigen Gebrauch der Gerichtsakten geführt haben könnte.

Der Gruppe Fonck gelang es nicht, Kuhnert aus dem Aufsichtsrat der Mannheimer Motorenwerke hinauszubringen. Dagegen mußte Fonck auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung sein Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrates niederlegen. Kuhnert brannte aber danach, den Urheber des förmlichen Materials gegen ihn festzustellen. Als eines Tages sein früherer Bekannter, der Bankbeamte Pfeiler zu ihm kam, erzählte er ihm von seinen Widerwärtigkeiten. Pfeiler erklärte sich bereit, ihn mit dem Vorgesetzten des Kriminalkommissars Ulfen, dem Regierungsrat Klappstein zusammenzuführen. Zu einem Zusammenreffen kam es jedoch nicht. Dann aber machte Pfeiler den Vorschlag, die in Frage kommenden Akten für Kuhnert herbeizuschaffen. Kuhnert sollte ihm dafür seine Schuld erlassen; alles würde auf legalem Wege vor sich gehen. Und tatsächlich erließen bei Kuhnert nach zweimaligem telefonischen Anruf Kuhnert Gerichtsakten. Der Bericht war aber nicht dabei. Kuhnert er-

91)

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

3. Kordost.

Die letzten Tage des Oktober wurden durch Ereignisse erschüttert.

In der Nacht, am 28., wurde Schramm verhaftet und in derselben Nacht noch in die Bezirkszentrale geschickt. In derselben Nacht wurden auch unter den Spezialisten des Volkswirtschaftsrates und der Fabrikleitung eine große Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Und am 30. herrschte große Aufregung unter den Parteiarbeitern. Schidkij wurde zur Verfügung des Kreisbureaus des ZK. abberufen, Badjin zum Vorsitzenden des Bezirksvolkswirtschaftsrates ernannt, der Vorsitzende der Tscheta, Tschibis, wurde irgendwohin, sehr weit ins Innere Sibiriens verlegt.

Diese Ereignisse erwartete man schon lange; man sprach darüber in leisen Unterhaltungen, erzählte einander von dumpfen Würdchen und war sehr aufgeregt. Man wußte — was sein wird, und jeder neue Tag war mit dumpfen Erwartungen getränkt. Aber all diese Geschehnisse erschütterten trotzdem durch ihre Plötzlichkeit und dadurch, daß sie Wirklichkeit wurden.

Jeden Morgen, zur gewohnten Stunde, ging Sergej ins Parteikomitee, mit seiner zerrissenen Aktentasche, seiner nackten Blöße, seinem weichen, gelösten Gange, gebückt, mit einer nicht erlöschenden Frage in den Augen. Jeden Tag führte er pünktlich und gut alle Aufgaben der Partei aus, arbeitete im Agitprop, in der politischen Aufklärung, versäumte nicht eine Sitzung, in der seine Anwesenheit notwendig war, und sprach mit niemandem über sein Schicksal, über die Parteireinigung, über seinen Ausschluß, und über die Bemühungen, in die Partei wieder aufgenommen zu werden, — als ob dies alles unwichtig wäre und nur diese seine Arbeit, die er nach vorgemerktem Plane zu erfüllen hatte, — wichtig und unausschießbar sein. Und von der Stunde an, als er aus der Reinigungskommission herausgekommen war, — ging er nie mehr hin, bat niemanden von den verantwortlichen Genossen um Hilfe, regte sich nicht auf und beklagte sich nicht. Nur sein Kopf mit der roten, von langen Locken umrahmten Blöße schien schwerer geworden zu sein und größer, und in seinen Augen brannte fieberhaft unausschließbares Leid.

Er hatte eine kurze Abschrift aus dem Protokoll der Kommission bekommen. Er las sie ebenso aufmerksam, wie er alle anderen Dokumente zu lesen pflegte.

Geprüft:

Swagin, Sergej Iwanowitsch.
Mitglied der K.P. (B.) seit 1920.
Partei buch Nr.
Gewesener Menschewik, Intellektueller.

Beschluß:

Aus der Partei als typischer intellektueller Menschewik und die Parteio rganisation zerlegend — auszuschließen.

Dascha brachte ihm die Abschrift. Er sah im Agitprop und bearbeitete sorgfältig Thezen aus zur Berichterstattung über die Frage der Arbeitergenossenschaften in den Zellenversammlungen. Dascha sah ihn prüfend an, und ihre Brauen zuckten über der Nase: zum ersten Male staunte sie über Sergej — warum ist er so ruhig und sorglos? Warum schweigt er und denkt an etwas anderes?

„Genosse Swagin, man muß Einspruch erheben. Mit dieser Taktik des Draufspudens muß Schluss gemacht werden. Bis zu den höchsten Instanzen muß man gehen.“

Er lächelte mit feuchten Augen und entnahm seiner Aktentasche ein dicht beschriebenes Papier.

„Ich habe schon Einspruch erhoben, Genossin Tschumalowa. Hier eine Abschrift — zum Andenken. Ich habe die Sache Schidkij gegeben. Auch das Parteikomitee bemüht sich.“

„Wenn es notwendig sein wird, daß man über dich Auskunft gibt, — so kann ich sie dir sofort schreiben. Genosse Swagin. Das ist ja Blödsinn: dich und Genossin Michowa darf man nicht ausschließen.“

„Wenn du es für notwendig hältst, Genossin Tschumalowa, so schreib sie und gib sie Schidkij.“

Er stand auf und reichte Dascha schamhaft lächelnd die Hand.

„Aber ich vergesse kein Sekunde, daß ich Kommunist bin, Mitglied der Partei, der seine Arbeit ohne Unterbrechung fortzusetzen hat.“

„Schon gut, Genosse Swagin, aber du mußt dich rühren, darfst nicht auf dem Stuhl sitzen bleiben, mußt alles auf die Beine bringen.“

„Vorläufig ist das noch nicht notwendig. Wenn es aber so weit sein wird, werde ich schon nicht stille sitzen, ich werde überall hingehen, wo es sein muß.“

Dascha sah ihn wieder aufmerksam an, und wieder

zuckten ihre Augenbrauen vor Staunen. Sie lächelte und ging rasch aus dem Zimmer.

In den letzten Tagen hatte man Polja in ein Sanatorium gebracht. Seit Dascha bei ihr wohnte, kam Sergej nicht mehr zu ihr. Sie rief ihn nicht und öffnete nicht mehr die Tür zu ihren Zimmern. Und hatte ihn vergessen, und seine schlaflosen Nächte waren in ihrer Erinnerung erloschen. Er hörte oft ihr früheres Lachen und ihre klingende Stimme, und ihre Stimme verflocht sich mit der Stimme Daschas. Einsam ging er mit seinen schweren Stiefeln im Zimmer herum; es war ihm traurig, allein zu sein mit seinem Herzen, aber in seiner Seele zitterte Freude, daß in Poljas Zimmer wieder Glöcklein spielten.

Nur eines ist notwendig: die Partei und die Arbeit für die Partei. Persönliches — gibt es nicht. Was ist seine, in unsichtbarer Tiefe verfestete Liebe? Was sind die Fragen und Gedanken, die sein Hirn quälen? Nichts, als das Aufstoßen einer verfluchten Vergangenheit. Alles das ist — vom Vater, aus der Jugend, aus der Intellektuellenromantik. Alles das muß ausgemerzt werden, ausgemerzt bis zu den tiefsten Wurzeln. All diese tranken Zellen im Hirn müssen geistigt werden. Es gibt nur eines — die Partei, und alles — bis zum letzten Blutstropfen muß der Partei gegeben werden. Ob die Partei ihn wieder aufnimmt oder nicht — ändert nichts an der Sache: Er, Sergej Swagin, als Einzelmensch — existiert nicht. Nur die Partei existiert — und er — ist nur ein winziges Teilchen in ihrem gewaltigen Organismus.

An diesem Tage durchlebte er noch einmal seine alten Schmerzen.

In Schidkij's Zimmer war es ungewöhnlich still und schwül. Dort saßen: Badjin, Glsch, Dascha, Luchawa und Tschibis. Und daß sie alle so eng zusammengedrängt waren, Schulter an Schulter saßen — ließ Sergej schwer werden vor Unruhe und Vorausahnungen einer Explosion. Alle waren sachlich ernst und kalt, die Beschlüsse wurden ohne Diskussion gefaßt. Nur Schidkij's beherrschte Stimme dröhnte.

„Hat niemand etwas gegen diesen Plan einzuwenden?“

„Er ist angenehm. Der endgültige Plan der Feier ist also folgender: In der Früh sammeln sich die Abteilungen zum Umzug in ihren Bezirken.“

Luchawa hob die Hand und unterbrach Schidkij grab.

„Nicht notwendig, wir kennen das alles auswendig. Weiter.“

Glsch stand auf und hob seine Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Schön Wetter an der Börse.

Wer kauft? — Das Sonderinteresse der Banken. — Die gestoppte Konjunktur schafft billiges Geld.

Während den ganzen Sommer und Herbst hindurch an der Börse kein richtiger Betrieb aufkommen wollte, setzte im letzten Monat des alten Jahres eine kräftige Aufwärtsbewegung der Kurse ein, die nunmehr seit einigen Tagen vorläufig zum Stehen gekommen ist. Die Kursentwicklung einiger bekannter Aktien soll dies verdeutlichen:

Kurs an der Berliner Börse am:

in Proz.	Kurs	31. Dez. 1927	30. Jan. 1928	31. Dez. 1927	30. Jan. 1928	15. Dez. 1927	30. Dez. 1927	31. Jan. 1928
Deutsche Bank	10 %	191	166	160	150	162	167	170
Comm.-u. Priv.-Bf.	11	227	184	173	159	173	179	180
Hapag	6	185	141	149	137	147	147	150
Ilse Bergbau	8	269	284	261	185	205	238	233
J. G. Farben	10	324	289	294	249	268	276	277
VEB	7	170	187	184	153	162	170	170
Ver. Glanzstoff	15	357	678	685	532	572	581	594
Schulth. Pagenb.	15	800	434	419	358	402	410	419

Umforschung nach den Gründen

Die für die zurückliegenden Kurssteigerungen maßgebend waren, so muß man sich wieder davon freimachen, in der Börse das „Barometer der Wirtschaftskonjunktur“ zu lesen; das ist sie auch heute nur in sehr geringem Maße. In der Hauptsache hängt auch heute das Wohl und Wehe der Börse, der gute oder schlechte Kursstand der Wertpapiere davon ab, ob der Spekulation viel oder nur wenig Geld zu ihren Börsenoperationen zur Verfügung steht.

Als allgemeine Regel gilt ungefähr: Wenn Geld für Börsenzwecke reichlich angeboten wird, die Zinsen also billig sind, wird auf Grund dieses Reihgeldes eine stärkere Nachfrage nach Wertpapieren ausgeübt und die Kurse steigen. Umgekehrt hat verhältnismäßige Knappheit an Geld zur Folge, daß viele Wertpapierbesitzer gezwungen sind, ihre Börsenwerte zu Geld zu machen; dadurch steigt das Angebot, während gleichzeitig die Nachfrage fällt, weil erstens weniger Geld da ist, um die Papiere zu kaufen und zweitens die gestiegenen Zinsfuß den erst. erhofften Kursgewinn aufheben würden. Die Folge ist, daß die Papiere fallen. So pflegt nach den Lehrbüchern der Nationalökonomie die Entwicklung zu verlaufen, wenn das freie Spiel der Kräfte an der Börse sich ungehemmt entfalten kann.

Die Entwicklung der letzten sechs Wochen aber verlief gerade umgekehrt. Im Dezember war das Geld für Börsenzwecke verhältnismäßig knapp und teuer. Trotzdem stiegen die Börsenkurse. Von wem ging die gestiegene Nachfrage an der Börse aus, woher kam das Geld zum Ankauf der Papiere und zum Durchhalten der Hausseengagements? Die Dezemberkäufe an der Aktienbörse gingen von zwei großen Gruppen aus.

Käufer waren in erster Linie die deutschen Großbanken.

Die angelegentlich des Bilanzstichtages am Jahresende ein Interesse an einer Höherbewertung ihres Wertpapierbesitzes aus Beteiligungen usw. hatten und die mit der Absicht von Kurssteigerungen nicht nur selbst Käufer, sondern zu dem gleichen Zwecke auch die Berufsspekulation bereitwillig mit dem notwendigen, wenn auch teuren Leihgelder, versorgten. Auf diese Weise erhielt die angekündigte Aufwärtsbewegung einen doppelten Antrieb, sowohl von den Banken wie von der Spekulation. Durch den Zugang von Mittelfürern und Mittelfürern aus dem Publikum, das sich in wiedererwachter Erinnerung an die vor einem Jahr erzielten mühselosen Börsengewinne zahlreicher einfand, wurde die Aufwärtsbewegung in Schwung gehalten und tatsächlich auch dann über den 1. Januar, den kritischen Bilanzstichtag, hinausgetragen. Der zweite Käufer war die Industrie, die durch ihre Gewinne

und trotz des kaum verringerten Konjunkturbedarfes Mittel zur Wertpapierkäufen frei hatte. Also muß die Kapitalbildung in dieser Erwerbsgruppe noch größer gewesen sein, als die Summen, die in der Rationalisierung und die gesteigerte Produktion während des Jahres hineingesteckt worden sind. Man kann aber vielleicht auch umgekehrt sagen, daß die Produktionssteigerung und insbesondere die Rationalisierung in der letzten Zeit weniger Mittel erfordert haben dürften, als die Gewinnsteigerung bei den Industrieherrn ausmachte. Diese Schlussfolgerung scheint denn auch mit den tatsächlich zu beobachtenden Konjunkturercheinungen übereinzustimmen.

Langsameres Tempo der Rationalisierung.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Tempo der technischen Rationalisierung, die vor allen Dingen die Produktionsmittelindustrien in Arbeit hält, sich in der letzten Zeit erheblich verlangsamt hat; nicht etwa deswegen, weil durch die vorangehende Modernisierung und den Ausbau der Betriebsanlagen die Fabrikation schon auf den höchsten Wirkungsgrad gebracht worden und nun nichts mehr zu tun wäre, sondern weil durch die vielen konjunkturfürchtlichen Maßnahmen unserer amtlichen Geld- und Wirtschaftspolitik allmählich ein Abwürgen der Konjunktur befürchtet wird, wodurch die Schaffung neuer oder die Erweiterung und Verbesserung alter Produktionsanlagen sich nicht mehr rentieren konnte. Also verzichtet man auf eine mit einem solchen Risiko behaftete Reubautätigkeit und läßt das freigelegte Geld und die erzielten Gewinne einweisen an der Börse arbeiten. Es ist kein Wunder, wenn sich angesichts der fortwährenden Bestrebungen auf Verhinderung der notwendigen und konjunkturbelebenden Auslandsanleihen in vielen Köpfen die Furcht einnistet, daß die deutsche Konjunktur aus Mangel an neuem Betriebskapital bald zusammenbrechen müsse. Die Folgen dieser psychologischen Einwirkung auf die Unternehmerinitiative äußern sich bereits in der Verminderung von Reuanlagen, die sich wiederum in einem Rückgang von Produktion und Umsatz und in gesteigerten Arbeitslosenzahlen bemerkbar macht. Saisonmäßige Gründe, also Jahreszeit- und Witterungseinflüsse, dürften allein den seit ein paar Wochen festzustellenden Konjunkturrückgang kaum ausreichend erklären können.

Die Börse hat sich durch diese Dinge, wie die eingangs wieder-gegebene Kurstabelle zeigt, in ihrem Optimismus nicht beirren lassen. Nachdem der Bilanzstichtag vorüber ist, ist das Interesse der Großbanken an einer Höherbewertung der Kurse zwar geringer geworden, aber mit dem Jahresbeginn ist die aus früheren Jahren schon bekannte Erleichterung der Geldmarktlage eingetreten, so daß die jetzt mit billigem Gelde reichlich verfehene Börsenspekulation den teilweise Ausfall der Großbankkäufe durch eine gesteigerte Nachfrage von sich aus weitmacht. Das Geld für die Börsenspekulation ist so billig wie seit langem nicht mehr. Geld auf tägliche Kündigung kostete an der Berliner Börse vom 21. Dezember — einen Tag der Hochspannung allerdings — 8 bis 10 Proz. Zinsen pro Jahr, während beispielsweise am 11. Januar 1928 nur noch 3 bis 5 Proz. Zinsen pro Jahr verlangt wurden. Ob diese Geldfülle anhalten wird, ist sehr fraglich; denn die Quellen dieses „Geldreichtums am falschen Ort“ fließen nicht immer: Es sind die im Jahestermin fälligen Kupon- und Hypothekenzinsgelder sowie Gescher aus dem stillen Weihnachts- und Inventurumsatz des Handels usw., die für die nächste Zeit naturgemäß ausbleiben müssen. Die Börse macht sich allerdings darüber noch keine Sorgen. Sie lebt weiter von Gerüchten und Tendenzmeldungen und wird sich — wie einst im Rat — wundern, wenn ein Reif plötzlich ihre Wästen wieder knistert. F. D.

Wirtschaftslebens hinüberzuwechseln. Daß diese Tatsache bislang noch nicht voll in Erscheinung getreten ist, liegt ausschließlich an dem vorhandenen Ueberangebot an Arbeitskräften aller Branchen und der Schwierigkeit, trotz aller Bemühungen eine andere Stellung zu erhalten.

Das Ergebnis lautet, daß der deutsche Schiffbau im Jahre 1927 einen im Vergleich zu den Vorjahren enorm großen Auftragsbestand, die Arbeitnehmer aber absolut keine Verbesserungen erhalten haben, die hierzu in auch nur annähernd richtigem Verhältnis stehen. Im Gegenteil, ein erheblicher Teil von ihnen ist entlassen worden und der Rationalisierung zum Opfer gefallen. Ein Gutes hat aber wenigstens das rigore Verhalten der Werkskapitäne für die Arbeitnehmer gezeitigt. Auf den Werften bricht sich wieder mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß nur durch einen festen Zusammenschluß aller Beschäftigten von den Unternehmern etwas zu erreichen ist. Das ist von nicht zu unterschätzendem Wert und eine der schärfsten Waffen, die die Organisationen in ihrem harten Kampfe zur Verfügung haben.

373 Millionen G.G.-Umsatz.

Neue große Steigerungen.

Der Gesamtumsatz der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. betrug

im Jahre 1927	373 041 885,20 Mark
1926	294 173 971,27

Mehrumsatz 1927 = 26,81 Prozent.

Der Wert der in den eigenen Betrieben hergestellten Erzeugnisse betrug

im Jahre 1927	63 137 490,42 Mark
1926	45 675 779,02

Mehrumsatz 1927 = 38,23 Prozent.

Die seit 1924 einsetzende Aufwärtsbewegung der Konsumvereinsbewegung kommt auch in den Steigerungen der Umlage der G.G. zum erfreulichen Ausdruck; hierfür folgende Vergleichszahlen:

Jahr	Gesamtumsatz	Eigenproduktion
1915	154 047 316 M.	10 111 037 M.
1924	168 466 278	26 298 325
1925	228 169 471	35 330 889
1926	294 173 971	45 675 779
1927	373 041 885	63 137 490

Zahl der Beschäftigten in den G.G.-Betrieben

Ende	Personen
1913	2019
1924	3595
1925	4327
1926	4698
1927	5950

Besonders erfreulich ist die Steigerung der Eigenproduktion, die am deutlichsten aus der Vermehrung des Personalbestandes hervorgeht.

Ein gutes Textiltjahr.

Wachsende Dividenden.

Der Aufschwung in der Textilindustrie setzte bereits im Frühjahr 1926, verhältnismäßig früher als in anderen Industriezweigen, ein. Trotzdem hielt die Konjunktur mit unverminderter Stärke bis zum Jahresende an und die jetzt vorliegenden ersten Textiltabellen zum September zeigen, daß man über den Begriff „Mangel- oder Preiskonjunktur in der Industrie“ sehr verschiedener Meinung sein kann.

Die Leipziger Wollkämmerei in Leipzig ist auch ehrlich genug, in ihrem Bericht das letzte Jahr als ein ausnahmeweise günstiges zu bezeichnen. Sie hat aber auch allen Grund dazu. So wird ein um 50 Prozent höherer Rohgewinn von 6,7 Millionen Mark ausgemessen und nach Abzug der Unkosten und bedeutend erhöhten Abschreibungen von 0,38 Millionen Mark ein Reingewinn von 354 000 gegen 231 000 Mark, der eine Erhöhung der beiden fünfprozentigen letzten Dividenden auf 8 Prozent zuläßt. Die Zugänge auf Wollwinnanlagen von rund einer Viertelmillion wurden aus laufenden Einnahmen bestritten, ebenso die Zurückzahlung von über einer Million Schulden, die sich damit auf 1,5 Millionen Mark ermäßigten. Auch für das neue Geschäftsjahr werden die Aussichten günstig genannt, obwohl die Inlandsnachfrage im Dezember etwas zurückgegangen ist.

Die Spinnerel und Weberei Kolb u. Schütz A.-G. in Kirchheim und Leda konnte ihre hohe Vorjahresdividende von 10 Prozent noch auf 12 Prozent erhöhen. Die Gesellschaft, die nur mit 2 Millionen Mark Aktienkapital arbeitet, weist einen Rohgewinn von 4,5 Millionen Mark aus. Zur richtigen Beurteilung des Reingewinns, der mit 0,35 gegen 0,29 Millionen Mark erscheint, muß auch hier auf die mit 0,4 Millionen Mark verdoppelten Abschreibungen und Erneuerungen hingewiesen werden. Die in der Bilanz fast in dreifacher Höhe ausgemessenen Barzuteile hängen mit der Fusion der Flachspinnerei Bayreuth zusammen, deren gesamte Vorräte und Vermögenswerte auf die Gesellschaft übergingen. Obwohl die Bankzuteile und Barkonten mit einer Million sich verdoppelten und die Wollschulden sich gleichfalls auf 0,36 Millionen Mark erhöhten, werden sie durch die Vorerhebungen von rund 1,5 Millionen Mark vollkommen gedeckt.

Der Wechsel in der Preußenkasse. Wie der „Hannoversche Kurier“ berichtet, ist die Verwaltung der preussischen Zentralgenossenschaftskasse auf den 20. Januar nach Berlin zusammenberufen worden, um zu der durch die Beurlaubung des Präsidenten Semper und seine Ersetzung durch Rechtsanwalt Kiepper geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Die Para G. m. b. H. erhöht ihr Kapital auf 1 Million Mark. Bis vor kurzem hatte die breitere Öffentlichkeit von der Existenz einer Para G. m. b. H. Berlin, die überraschenderweise in allen politischen Zeitungen Niederlassungen hat, kaum eine Ahnung. Sie ist in der Inflation gegründet und hatte ein Gesellschaftskapital von 20 000 Goldmark. Möglich wurde sie im Zusammenhang mit den Reparationsrückstellungen genannt, und die Öffentlichkeit erfuhr bald darauf, daß sie außerordentlich umfangreiche Finanzgeschäfte macht. Für die Türkei vermittelt sie bei einer führenden amerikanischen Bank die Finanzierung für einen Bahnbau und die Errichtung einer Reparaturwerkstätte im Wert von insgesamt 75 Millionen Mark. Ob sie selbst an den Reparations-

Ein Erntejahr der Werften.

Was brachte das Jahr 1927 den deutschen Werften und was ihren Belegschaften?

Wenn man bei der Beantwortung vorstehender Frage die Beziehungen zugrunde legen wollte, mit denen die Werftdirektoren die Schlichter und die maßgebenden Instanzen des Reichsarbeitsministeriums bei den jetzt schwebenden Tarifverhandlungen für die Werftangestellten ihre zu führen versuchen, so würde man zu dem Ergebnis kommen, daß das verfloßene Jahr den deutschen Werften gar nichts gebracht hat, und daß es den Leitern der Werke beim besten Willen nicht zugemutet werden könne, ihren Belegschaften und Angestellten die längst fällige allgemeine Aufbesserung zu gewähren.

Wesst man die Geschäftsberichte der einzelnen Werften aufmerksam durch, so werden die dunklen Flächen des bei den Verhandlungen von Arbeitgeberseite den Schlichtungsbehörden immer wieder vorgehaltenen Bildes zwar wesentlich gemildert; aber wie fast alle größeren Unternehmungen in letzter Zeit beklagten sich auch die Herren vom Schiffbau in ihren Berichten, die für die Öffentlichkeit und die Aktionäre bestimmt sind, der allergrößten Vorsicht. Fast keine Bilanz und fast kein Geschäftsbericht sind so gehalten, daß sie eine übersichtliche Darstellung über die wirkliche Lage der Werke ergeben. Man muß also schon selbst Umschau halten, wenn man die Wahrheit erfahren will, und wenn man hierzu Gelegenheit hat, wenn man unter anderem die ungeheure Anzahl von Ueberstunden zusammenzählt, die trotz aller Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes gerade auf den angeblich so überaus schmerzhaft beschäftigten Werften heute immer noch geleistet werden, dann zeigt sich, daß das Jahr 1927 den deutschen Werften einen Wiederaufschwung gebracht hat, wie ihn sich die Direktoren dieses Industriezweiges ein Jahr zuvor auch nicht im entferntesten haben träumen lassen.

Während man damals von einer erheblichen Notlage der Werftarbeit der Werften in der Tat reden konnte, ist jetzt der übergroße Teil der großen Schiffbaubetriebe auf Jahre hinaus gut mit Neubauträgen versehen. Alle Klagen über die angeblich bestehenden großen Schwierigkeiten sind in der Hauptsache Irreführungen. Einmal soll entsprechend des Reichsarbeitsministeriums zur Abblutung von Schiedsprüchen veranlaßt werden, die den Arbeitgeberern Lohnerböhrungen zumuten könnten. Sodann sollen die Angestellten und Arbeiter in Sorge vor weiteren Entlassungen gehalten werden, mit denen man in Erfüllung des Rationalisierungsprogramms schon bisher wahrlich nicht gespart hat.

Die folgenden Zahlen bemessen mit aller wünschenswerten Klarheit, daß von irgendwelchen ins Gewicht fallenden Schwierig-

keiten zum mindesten bei den Großwerften bestimmt nicht gesprochen werden kann. Es befinden sich zurzeit an Neubauten im Bau bzw. in Auftrag bei:

	Zusammen ca. Tonnen
der Deschimag	180 000
Blom u. Voh, Hamburg	130 000
H. Schichau, Elbing	70 000
Bremer Vulkan, Bremerhaven	65 000
Deutsche Werft, Hamburg	60 000
Deutsche Werke, Kiel	40 000
Germaniawerft, Kiel	30 000
Hensburger Schiffbau-Gesellschaft, Hensburg	25 000
Strickwerft, Eimsbörn	13 000
Lübecker Maschinenbau Akt.-Ges., Lübeck	10 000

Obige Auftragszahlen garantieren diesen Werften, nachdem sie bereits seit länger als Jahresfrist voll beschäftigt gewesen sind, Arbeit für weitere ein bis zwei Jahre. Von einem Auftragsmangel an Neubauten kann höchstens bei einigen der kleineren Werften von H. C. Stülten Sohn, Hamburg, Howaldts-Werke, Kiel, Henry Koch A.-G., Lübeck, Hensburgerwerk, Lübeck usw. die Rede sein. Dieser Mangel wird aber durch ein im allgemeinen gut arbeitsendes Reparaturgeschäft zum Teil wieder ausgeglichen und rechtfertigt keinesfalls das fortwährende Geschrei über die „Notlage“ des ganzen deutschen Schiffbaues, mit dem auch jetzt wieder, wie immer in den letzten Jahren, die Tarifverhandlungen im für die Arbeitgeber glünstigsten Sinne beeinflusst werden sollen.

Im übrigen muß mit Nachdruck auch auf die Ersparnisse hingewiesen werden, die die seit Jahr und Tag planmäßig durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen fast jeder einzelnen Werft gebracht haben. Neben dem nicht geringen Abbau an Verwaltungspersonal und Arbeitern fallen hier vor allem die damit im Zusammenhang stehenden Fusionen und sonstigen indirekten Vereinigungen ins Gewicht. Hierher gehören der im Laufe des letzten Jahres bei der Werft A. G. H. C. Tecklenburg, Hamburger und Steiner Vulkan vollzogene Zusammenschluß unter der Firma Deutsche Schiff- und Maschinenbau A.-G. (Deschimag) und die Verbindung der Deutschen Werft A.-G. mit der früheren Reibherstiegwerft, Hamburg, sowie schließlich noch die Vereinigung des Dodgegeschäfts der beiden letztgenannten Werften mit Blom u. Voh. Wenn nur ein geringer Teil der hier erzielten Ersparnisse zu Gehalts- und Lohnaufbesserungen der im Dienst verbleibenden Arbeiter und Angestellten verwendet worden wäre, so würde dieses ausreichen haben, um endlich auf den deutschen Werften eine menschenwürdige Bezahlung einzuführen.

Aber große „Abfärbungen“ sind den maßgebenden Herren offenbar bedeutend wichtiger. Die Folgen dieser verkehrten Wirtschaftspolitik bemessen sich bereits zu zeigen. Schon seit längerer Zeit macht sich deutlich auf den Werften das Beharren der Arbeitnehmer bemerkbar, in andere Zweige des

Esst mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!

